

Peter Brandt, »Freiheit und Einheit«, Bd 1: Beiträge zu den deutschen Freiheits- und Einheitsbestrebungen während des langen 19. Jahrhunderts, Bd. 2: Beiträge zu Fortschritt und Reaktion in Deutschland während des 20. Jahrhunderts – das Nationale und das Universale, Edition Bodoni, Neuruppin 2017, 398 + 402 S., kart., 40,00 €.

Bei der im brandenburgischen Örtchen Buskow bei Neuruppin domizilierten Edition Bodoni hat Peter Brandt sich selbst zu seinem Anfang Oktober 2018 anstehenden 70. Geburtstag ein vorzeitiges Geschenk gemacht. Gemeinsam mit dem Lektorat des Verlags hat er 37 Beiträge zusammen- und ihnen einen einführenden Essay vorangestellt. Der älteste Text wurde 1981 publiziert, während der jüngste just für diese Edition geschrieben wurde. Bei den Beiträgen handelt es sich größtenteils um in Schriftform gegossene Vorträge, die schon an anderer, zum Teil entlegener Stelle veröffentlicht wurden; einige Texte jedoch werden hier zum ersten Mal abgedruckt. Der kürzeste Beitrag umfasst gerade einmal drei Seiten (»Sozialdemokratie und Linkspartei«), der längste über »Die Befreiungskriege von 1813 bis 1815 in der deutschen Geschichte« rund 37 Seiten. Wie bei einer Auswahl von Vortragstexten wenig überraschend, handelt es sich nicht um klassische Forschungsaufsätze, weshalb die meisten Beiträge auch fußnotenarm oder ganz fußnotenfrei sind, wobei die vorhandenen Anmerkungen nicht auf Archivalien, sondern auf die Sekundärliteratur verweisen. Es handelt sich vielmehr um eine Sammlung von Essays, von gebündelten Gedankengängen aus fast vier Jahrzehnten eines Historikerlebens, das durch die familiäre Herkunft immer stärker im Fokus der Aufmerksamkeit stand, als Historiografen dies normalerweise gewohnt sind, zumal, wenn sie eher in die Kategorie der nachdenklichen, der abwägenden, der nicht auf den schnellen Affekt und Effekt setzenden Zunftvertreter gehören wie Peter Brandt.

Passend zum Umschlag, den die Abbildung des Gemäldes »Der Auszug deutscher Studenten in den Freiheitskrieg von 1813« des Schweizer Malers Ferdinand Hodler von 1809 ziert, beschäftigt sich der erste Band mit den Freiheits- und Einheitsbestrebungen des langen 19. Jahrhunderts, wovon allein sechs Beiträge in das weichenstellende zweite Jahrzehnt fallen. Daneben gibt es Aufsätze zum Hambacher Fest, zur Revolution von 1848/49, zur bebelschen Sozialdemokratie, allesamt die »prominenten« Wegmarken der Epoche behandelnd. Der letzte Beitrag des ersten Bandes »War das Kaiserreich reformierbar?« mag als typisches Beispiel für die Arbeits- und Argumentationsweise des Historikers Peter Brandt gelten. Nach einer fundierten Analyse des durch die Verfassung vorgegebenen semiparlamentarischen Systems und der sich immer stärker hin auf eine echte Parlamentarisierung entwickelnden Parteienlandschaft, ein Gegensatz, der vor allem durch die Beharrungskräfte Preußens immer weiter vertieft wurde, kommt Brandt nach einem Seitenblick auf Baden, mit dessen Geschichte sich der gebürtige Berliner ebenfalls intensiv auseinandergesetzt hat, zu dem vorsichtig wägenden Urteil: »Die Skepsis gegenüber jedem absoluten Determinismus [...] gebietet es, eine graduelle und reformerische Veränderung der Verfassungsordnung des Deutschen Reiches nicht a priori auszuschließen. Es spricht aber alles gegen die Vorstellung, selbst eine solche friedliche, quasi legale Transformation des politischen Systems hätte ohne Kampf, auch außerhalb von Parlament und Publizistik, vor sich gehen können.« (Bd. 1, S. 398).

Diese Skepsis gegenüber geschichtsdeterministischen Deutungen durchzieht auch den zweiten Band, auf dem der 1928 vor der Heiligengeistkirche in Kiel aufgestellte »Geistkämpfer« von Ernst Barlach, ein Symbol der Hoffnung, abgebildet ist. Er thematisiert die Emanzipations- und massiven Repressionsbewegungen des 20. Jahrhunderts. Neben der Weimarer Republik bilden der demokratische Neuanfang nach 1945 (alleine vier Beiträge tragen diese Jahreszahl im Titel) sowie die deutsche Teilung und die »Neuvereinigung« der beiden deutschen Staaten Schwerpunkte, wobei noch Raum bleibt, etwa für einen längeren Diskurs (den mit nur wenigen Zeilen Abstand zweitlängsten Aufsatz) über »1968 – eine radikale Demokratisierungsbewegung«. Der Autor, selbst Teil, auf jeden Fall aber Zeitzeuge der »68er«-Ereignisse, kommt dabei zu einem ausgewogeneren Urteil, als es der

Titel des Beitrags suggeriert: »Die Radikalität und Ungeniertheit, mit denen sich die Achtundsechziger kulturell wie politisch artikulierten, ebenso wie die quantitative Ausbreitung der neuen Phänomene, vermittelten allgemein den Eindruck eines plötzlichen und wuchtigen Einschnitts.« (Bd. 2, S. 299f.). Zu den positiven Errungenschaften rechnet Peter Brandt eine Linkstendenz der nachrückenden Eliten, eine stärkere gesellschaftliche Durchlässigkeit, mehr Toleranz – auch in sexueller Hinsicht; zu den negativen Begleiterscheinungen in erster Linie eine in Teilen der Bewegung ungeklärte Haltung zur Gewalt, die dann im Terrorismus der RAF eskalierte.

Insgesamt wird in den Beiträgen der beiden Bände deutlich, dass es Peter Brandt daran lag und liegt, vermeintliche Antagonismen zu hinterfragen und auf ihre reale Gegensätzlichkeit hin zu überprüfen. Das betrifft den Begriff »Nationalismus« (ganz wertfrei als die Suche nach der Nation, nach dem Nationalstaat definiert) und eine im politisch linken Spektrum verankerte Grundeinstellung. Das Streben nach der Nation und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit schließen sich für Brandt ebenso wenig aus wie, hochaktuell, Nationalstaat und internationale Einigung. Vielmehr gefährde die Überbetonung wie die Verleugnung des Nationalstaats gleichermaßen die internationale Integration. Die Schlüsselbegriffe »Revolution« und »Reform« stellen für Brandt ebenfalls kein Gegensatzpaar dar, sondern bedürfen in jedem Einzelfall der individuellen Analyse. Dass nicht nur begriffliches, sondern auch persönlich-parteiliches Schubladendenken Peter Brandt völlig fremd ist, unterstreicht seine Hommage an den DDR-Historiker und Bismarck-Biografen Ernst Engelberg (Bd. 1, S. 67–74).

Daneben zieht sich wie ein roter Faden durch fast alle Beiträge die Rolle der Arbeiterbewegung im Fortschrittsprozess des 19. und 20. Jahrhunderts. Selbst bei gebildeten Menschen sei »der ganz wesentliche Anteil der sozialistischen Arbeiterbewegung bei der Durchsetzung kollektiver demokratischer Rechte und am Zustandekommen der parlamentarischen Demokratie (nicht nur in Deutschland) kaum präsent«, stellt der Autor bedauernd fest. (Bd. 1, S. 63f.) Tatsächlich bedarf es in dieser Hinsicht dringend der Aufklärung, da der seit 1982 eingetretene Bedeutungsverlust der Sozialdemokratie mit Händen zu greifen ist. Der erste in diese Auswahl aufgenommene Essay stammt aus dem Jahr 1981, als die Sozialdemokratie in Westdeutschland regierte und unter Bundeskanzler Helmut Schmidt mit über eine Million Mitgliedern ihren Höchststand seit 1945 erreichte. Der aktuellste ist 2017 entstanden, also in einer Zeit, in der die Sozialdemokratie droht, aufgrund struktureller Veränderungen ihren Charakter als Volkspartei zu verlieren bzw. durch eigene Unfähigkeit zu verspielen. Am Ende seines einleitenden Essays, einer Tour d’Horizon über die emanzipatorischen und nationalstaatlichen Einigungsbestrebungen vom Mittelalter bis in die Jetztzeit, kommt Brandt zu dem wenig optimistischen Fazit: »Die alte Arbeiterbewegung, eine der großen Emanzipationsbewegungen der Menschheitsgeschichte, existiert hierzulande nur noch in Resten, und es ist unklar, was daran anknüpfen wird.« (Bd. 1, S. 62). Es riecht ein wenig nach Zeitenwende, »da die Demokratie auch in Europa wieder ernsthaften Anfechtungen ausgesetzt ist – autoritären wie wirtschaftsliberalistischen [...]«. (Bd. 1, S. 64). In der Tat: In solchen Umbruchphasen ist ein Innehalten gelegentlich notwendig. Man muss sich Zeit nehmen für eine Selbstvergewisserung und ein Sich-Selbst-Bewusstsein der eigenen Geschichte, ihrer vielfältigen, zu »Freiheit und Einheit« führenden Entwicklungen und ihrer jeweiligen Gegenströmungen. »Die inhaltliche Substanz alles dessen klar zu machen« (Bd. 1, S. 64) – dazu leistet diese Edition einen wertvollen Beitrag.

Bernd Braun, Heidelberg

Zitierempfehlung:

Bernd Braun: Rezension von: Peter Brandt, »Freiheit und Einheit«, Bd 1: Beiträge zu den deutschen Freiheits- und Einheitsbestrebungen während des langen 19. Jahrhunderts, Bd. 2: Beiträge zu Fortschritt und Reaktion in Deutschland während des 20. Jahrhunderts – das Nationale und das Universale, Edition Bodoni, Neuruppin 2017, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81862>> [13.9.2018].

James Retallack, *Red Saxony. Election Battles and the Spectre of Democracy in Germany, 1860–1918*, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2017, 736 pp., Hardcover, 95,00 £.

During the past three decades, James Retallack has gained wide international acclaim as a member of a group of historians who rebelled against the once dominant Prusso-centric interpretations of the Bismarckian empire. Accordingly, David Blackbourn was among the first to write about the Southwest as a »second Germany«. Somewhat later Retallack came along with Simone Lässig, Karl-Heinrich Pohl and others to advance the notion that the kingdom of Saxony constituted a »third Germany«.

Pursuing this line of inquiry, he has now produced what may well be the definitive study of high and popular politics in pre-1918 Saxony. This 690-page tome is extremely rich not only in primary materials from some 20 archives; it also offers many fresh comparative insights into the larger context of 19th-century Central European history as well as thoughtful discussions of the socio-political dynamic of this period and ideas on how to conceptualize it.

Aiming to »throw new light on the reciprocal relationship between political modernization and authoritarianism in Germany over the span of six decades« (p. 2, also for the following quotes), it is his »central argument [...] that political modernization need not lead to democratic rule«, even if »readers may find this assertion less surprising than the ways I go about supporting it.« What interests him most are »questions about the speed and direction of political change in Imperial Germany«, how the country was governed, how the »fear of revolution push[ed] liberal and conservative parties together«, and how the »struggle against democracy before 1918 help[ed] make it possible for more ruthless politicians, later, to lead the Germans into a fascist dictatorship, world war, and the Holocaust«.

It is against this background and the underlying modernization paradigm with its many ambivalences that Retallack approaches the »Kingdom of Saxony as a useful laboratory« that enabled him to »rethink old questions and pose new ones« (p. 3, also for the following quotes). Accordingly, it is his »first claim« that »election battles were fought so fiercely because they reflected two kinds of democratization: social democratization and political democratization«. He then goes on to »explore the degree of historical congruence between democracy understood as a set of values and democracy understood as an institutional arrangement«. To him, the first among two strands of democratization is »social democratization«, i.e., »the fundamental politicization of German society, whereby more and more Germans were pulled into the world of political activity«, as the country's »industrial revolution reached maturity after 1860 and as voluntary associations« expanded, producing »the growth of mass parties, a more vibrant public sphere, the penetration of politics into the countryside«, with turnout rates rising whenever »Germans were called to the polls«.

The second »strand«, i.e., »political democratization«, implies »some degree of constitutional reform«. It was a process »that took a quantum leap forward in 1866–1867, when Bismarck granted universal manhood suffrage for elections to the Reichstag«. As a result and hence before national unification, »Germany had a more democratic suffrage than almost every other national parliament in the world« (p. 4, also for the following quotes). However, this »advance of political democratization«, Retallack continues, »was contested at every turn«. It could be »halted or reversed« at the sub-national level, and the »enemies of democracy« never stopped attacking »universal manhood suffrage as subversive and un-German«. If election battles that the author examines in detail throughout his book became »ferocious between 1871 and 1918«, it was because »social democratization speeded up while political democratization slowed down«. Social democratization, »not its lack«, gave »anti-democrats an incentive to find each other and to unite against the most conspicuous hallmark of democracy: a freely elected parliament to which government leaders were responsible.« Consequently, it was »due to the efforts of democracy's enemies [that] parliamentary government did

not come to Germany until 1918–19« and, it should be added, after the collapse of monarchical government that had *not* been responsible to parliament.

It is from this vantage point that Retallack moves on to a comprehensive and very careful study of elections in Saxony, always juxtaposing them to results in Prussia and the Reich. Proceeding chronologically from election to election, he traces how German men became »habitual voters«, how these elections brought together high and popular politics, and how an »electoral culture« (*Wahlkultur*) emerged from it. He also analyzes socio-economic status and political orientations; the enormous growth of the labor movement that in time began to win over lower middle class voters. According to the author it was these developments that, in turn, terrified both rural conservatives and the urban economic and educated bourgeoisie.

If this, in a nutshell, is the book's conceptual framework, it is generally known that Bismarck's introduction of universal manhood suffrage caused the governments of the North German Confederation and from 1871 of the newly founded Reich endless headaches. In Saxony as elsewhere Bismarck's revolutionary act triggered reforms of the suffrage in the other states of the (con)federation that invariably tried to block the extension of universal manhood suffrage and to maintain or shape suffrage systems that prevented working class voters from gaining equality at the ballot box. In Saxony, as Retallack shows in meticulous detail, this was the purpose of the 1868 Suffrage Reform and all subsequent manipulations all the way down to the »Reform« of 1909. Put bluntly, the rise of the Social Democrats was seen by their opponents as embodying such a fundamental threat to the established order that they had to be prevented at all cost from ever achieving a majority of seats in the Saxon Diet.

It is intriguing to follow the SPD's growth in the tables that the author has assembled for each and every election, always also comparing results with those of national elections at Reich level. They reflect the rising support for the party at the ballot box, while the number of seats gained remained, thanks to suffrage restrictions and gross manipulations by the anti-socialist parties, well under what the SPD would have achieved, if Saxony had had universal manhood suffrage system like that of the Reich. Although the anti-Socialist opposition was often at loggerheads about the measures to be taken, what united them was a fear of a decisive shift in the balance of electoral power that to some politicians and their supporters was tantamount to the end of the world.

Accordingly, Retallack's analysis also considers the use of police violence and restrictions on the right to assemble and to demonstrate. There is extensive material not only on the scapegoating of the Social Democrat politicians and party members, but also on the classic mechanism of blaming the Jewish minority for Germany's ills. After Bismarck's *Kulturkampf* against the Catholics in the 1870s had failed, a vicious anti-Semitic agitation proved effective also in Saxony in conjunction with Bismarck's Anti-Socialist Laws. At first it looked as if these repressive policies succeeded in containing the SPD's growth, a development that must presumably also be seen in the context of Germany's *Weltpolitik* and the stabilizing domestic effects it was designed to produce.

However, all these efforts were undermined by the 1903 national elections in which the SPD achieved a major breakthrough. It was subsequently stymied by the formation of the Conservative-Catholic Bülow Bloc at Reich level that in turn facilitated the 1909 Saxon electoral reform that upheld a restrictive suffrage, disadvantaging the SPD. Always looking beyond Saxony, Retallack traces the gradual descent of Saxon and German politics into paralysis, with the tax question that had been a neuralgic point since the 1903, leading to national deadlock. Although Retallack does not draw a straight line between the enormous confusion in domestic politics and Wilhelmine foreign policy during the years after the 1909 to the outbreak of war in August 1914, it is clear that the Reich government as well as that of Saxony had maneuvered themselves into a corner at home and abroad.

While the earlier power struggles continued during and between elections among the parties and the large number of extra-parliamentary associations, Saxony's governments adhered to a stance that they adopted in previous decades: they maneuvered very cautiously, leaving the politicking to the parties and associations. As the author puts it aptly, governments did not act as »gearboxes« of change, but as »brakes« on Social Democrat attempts to establish the universal suffrage also for state and local elections.

This leads to a most innovative chapter in which Retallack expands his comparative approach to parliamentary developments in Western Europe and the United States. He rightly points out that, in comparison to the Reich, all these nations were less democratic because they did not introduce a universal manhood suffrage as Bismarck had done in 1866/67. Rather they gradually expanded the suffrage to newly emergent male voters. Consequently, it took much longer for the ordinary voter to gain what the Germans had obtained in the mid-nineteenth century. However, there was a basic difference: the suffrage extensions in those other countries were formulated by governments that had emerged from party majorities in Parliament. They were not appointed by a monarch whose legitimation was not democratic but based on Divine Right. In France, Britain, and Belgium a decisive power shift towards the (still restrictively) elected parliament had taken place *before* universal suffrage. In Germany, a reformist shift continued to be blocked by the anti-Socialist opposition, until the Revolution 1918/19 instituted it by force.

It is this sequence of change prior to 1918 that resulted in the *social* democratization of Germany, but prevented its *political* democratization. The idea of parliamentarization that the Social Democrats had been pushing for so persistently remained too terrifying not only to the agrarian conservatives, but also to the bourgeois National Liberals and they resorted to all sorts of devices, including plans to abolish suffrage altogether. Although Retallack is reluctant to call this a German *Sonderweg*, it is certainly a peculiarity for which his book on »Red Saxony« contains plenty of evidence as well as food for thought about processes of modernization and democratization before 1914 so that those who are prepared to read this excellent book from cover to cover, will be richly rewarded.

Volker Berghahn, New York

Recommended Citation:

Volker Berghahn: Review of: James Retallack, Red Saxony. Election Battles and the Spectre of Democracy in Germany, 1860–1918, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2017, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81863>> [13.09.2018].

Philippe Bourrinet, The Dutch and German Communist Left (1900–68). ›Neither Lenin nor Trotsky nor Stalin!‹ – ›All Workers Must Think for Themselves!‹ (Historical Materialism Book Series, Bd. 125), Brill Publishers, Leiden/Boston etc. 2016, lxii + 639 S., geb., 210,00 €.

Der niederländische Trotzkiist Henk Sneevliet hat die Gruppe Internationale Kommunisten (GIK) einmal als die »Klosterbrüder des Marxismus« charakterisiert. Selbst wenn sich der angesprochene Kreis keineswegs als weltabgewandt begriff, enthielt die Sottise doch eine gute Portion Wahrheit. Aus der Retrospektive erscheint es geradezu zwangsläufig, dass der permanent oppositionelle Links- bzw. Rätekommunismus – abgesehen von einer kurzen, wirkungsmächtigen Phase in Revolutionswelle 1917 bis 1923 – stets ein randständiges Phänomen blieb. Dafür dürften äußere wie innere Faktoren verantwortlich gewesen sein: Eine intransigente Haltung gegenüber den »reformistischen«, »opportunistischen« oder stalinistischen Entwicklungen der Arbeiterbewegung und ein orthodoxer Marxismus, der – je nach Einschätzung der subjektiven und objektiven Bedingungen – entweder einen Attentismus oder den spontanen Aktivismus begründete. Dazu kamen ein strikter Antiparlamentarismus und die Ablehnung der gewerkschaftlichen Interessenartikulation zugunsten eines antietatistischen Rätesystems. Aufgrund dessen wurde der Linkskommunismus fälschlicherweise oft mit dem Etikett des Syndikalismus versehen, oder – was aufgrund des Axioms des Selbsthandels des Proletariats nicht unzutreffend ist – mit dem Verdikt des Voluntarismus. Die spezifische, von Josef Dietzgen wie von Rosa Luxemburg beeinflusste Interpretation des Marxismus von Anton Pannekoek und Herman Gorter ist öfters als »holländische Schule« bezeichnet worden. Da sich jedoch die jeweiligen Theorieanteile schon vor 1914 wechselseitig durchdrangen, handelt es sich, wie Philippe Bourrinet hervorhebt, viel mehr um eine deutsch-niederländische Strömung des Marxismus. In den Niederlanden verselbstständigten sich die linken Tribunisten (nach der Zeitschrift *De Tribune*) in der Sozialdemokratie schon 1909 als *Sociaal-Democratische Partij* (SDP), während die gegen den Revisionismus und die Burgfriedenspolitik der SPD opponierenden Gruppierungen (die Lichtstrahlen-Gruppe um Julian Borchardt in Berlin sowie die Bremer Linksradiكالen) erst 1915 die Internationalen Sozialisten Deutschlands (ISD) formierten. Sowohl die SDP als auch die ISD gehörten zu der von Lenin angeführten Zimmerwalder Linken. Aus ihnen gingen später die kommunistischen Parteien ihrer Länder hervor (der Spartakusbund stellte eine weitere Gründungsbasis der KPD). In beiden Fällen gerieten die antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Fraktionen der kommunistischen Parteien aufgrund der Beteiligung an den Parlamentswahlen mit den Parteispitzen in Konflikt. Insofern war die linksoppositionelle Präsenz darin nur ein Durchgangsstadium in einem Verselbständigungsprozess, der 1920 zur Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschland (KAPD)/Allgemeine Arbeiterunion (AAU) und der Kommunistischen Arbeiterpartei Niederlande (KAPN) führte. Während die KAPN nur wenige Hundert Mitglieder zählte, brachte es die KAPD auf über 40.000 und die Betriebsorganisationen der AAU auf bis zu 200.000.

Die Assoziation der anfangs probolschewistischen deutsch-niederländischen kommunistischen Linke sowie der bulgarischen KAP mit der Komintern war von kurzer Dauer. Jene 21 Aufnahmebedingungen, die die Kandidaten auf den Parlamentarismus, das Engagement in den Gewerkschaften einschließlich der gesetzlichen Betriebsräte festlegten und ihnen eine zentralistische Organisationsform sowie »eine eiserne, fast militärische Disziplin« diktierten, wurden kontrovers aufgenommen. Als sich die Linkskommunisten dem widersetzten, reagierte Lenins mit seiner Invektive »Der ›linke Radikalismus‹, die Kinderkrankheit im Kommunismus« (1920), auf die Gorter wiederum – moderat – mit seiner Replik (»Offener Brief an den Genossen Lenin«) konterte. Fortan formulierten die Dissidenten eine entschiedene Kritik des russischen »Staatskapitalismus« und deren »Parteiherrschaft«, wobei Letzteres auch das eigene Lager betraf. Die mit dem Abebben der revolutionären Phase einsetzende Erosion ging einher mit den internen Auseinandersetzungen über die Führerherrschaft in der KAPD und deren Verhältnis zur quasi-gewerkschaftlichen AAU. Dies führte zu einer

Hypertrophierung ihrer auseinanderdriftenden Kernbestandteile, deren Reste erst Ende 1931 als Kommunistische Arbeiterunion wieder zusammenfanden. Die NS-Diktatur überstanden die deutschen Genossinnen und Genossen mit Unterstützung der holländischen GIK. Ihren Analysen entsprechend war der Zweite Weltkrieg die unausweichliche Konsequenz der ökonomischen Logik des Kapitalismus. So wie man bereits zu den »bürgerlichen« Volksfrontbewegungen Abstand gehalten hatte, waren die Militanten auch nach 1939 nur in Ausnahmefällen zu interfraktionellen Widerstandsaktivitäten bereit. Die von Paul Mattick in den USA angeleiteten Initiativen oder der Communistenbond Spartacus im besetzten Holland mutierten zu Zeitungsgruppen oder Diskussionszirkeln, die sich vorzugsweise mit Theorieproduktion beschäftigten. Ein Ergebnis war das Werk »Workers' Councils« (1946), in dem Pannekoek die Dekolonisation der unterentwickelten Länder prognostizierte, von der allerdings hauptsächlich die indigenen Oberklassen Vorteile ziehen würden. Aufgrund des Verschwindens des proletarischen Klassenbewusstseins waren keine revolutionären Perspektiven für (West-)Europa mehr ausmachbar.

Nach dem organisatorischen Zerfall der alten Räteströmungen rekurrierten vor und nach 1968 der Situationismus und die antiautoritären Studierenden auf deren Ideenfundus, mit dem sie die Systemintegration der Arbeiterinnen und Arbeiter unter Verweis auf die bürokratische Degeneration der Gewerkschaften und Linksparteien im Osten wie im Westen erklärten. Nach Bourrinet handelte es sich dabei um die spontaneistische Revolte kleinbürgerlicher Intellektueller.

Dabei differenziert er den Links- vom Rätekommunismus. Letzteren stuft er als antiautoritäre Bürokratiekritik und Antiführerideologie von Gruppierungen mit anarchistischen Affinitäten ein; insofern ein »councilism«, der Parteien und feste Organisationen grundsätzlich negiert und folglich in der politischen Isolation enden muss. Zweifellos befördert das strikte Beharren auf theoretische Grundprinzipien, die dogmatische Fixierung auf einen Ökonomismus und der Mangel an taktischer wie strategischer Flexibilität grundsätzlich die Transformation von (Kleinst-)Parteien zu Affinitätsgruppen.

Seit der Weimarer Republik haben die Befunde Curt Geyers und Arthur Rosenbergs über den »utopischen Radikalismus« und die lumpenproletarische Basis die Urteile über den Linkskommunismus geprägt. Neuere Untersuchungen deuten allerdings darauf hin, dass sich die initiativen Kerne der antiautoritären Arbeiterbewegung aus organisationserfahrenen Funktionären zusammensetzte, die unter dem Eindruck der Kriegspolitik von Sozialdemokratie und Gewerkschaften im antibürokratischen Reflex mit den alten Verbänden gebrochen hatten, während die aktivistische Massenbasis zumeist aus qualifizierten Beschäftigten der Industrie entstammte. Diesbezügliche Mikro-, Sozial- und Falluntersuchungen über die betriebliche Präsenz stehen noch aus. Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um die englische Übersetzung der 1995 erschienenen italienischen Druckfassung der 1988 an der Universität Paris-Sorbonne eingereichten Dissertation, die der Autor noch einmal aktualisiert hat. Der quellengesättigte Band bietet die bisher umfangreichste ideen- und organisationsgeschichtliche Darstellung dieser linksradikalen Tendenz in der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts.

Hartmut Rübner, Berlin

Zitierempfehlung:

Hartmut Rübner: Rezension von: Philippe Bourrinet, *The Dutch and German Communist Left (1900–68). »Neither Lenin nor Trotsky nor Stalin!« – »All Workers Must Think for Themselves!«* (Historical Materialism Book Series, Bd. 125), Brill Publishers, Leiden/Boston etc. 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81864>> [13.9.2018].

Uli Schöler/Thilo Scholle (Hrsg.), Weltkrieg. Spaltung. Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922, Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2018, 472 S., brosch., 30,00 €.

»Nach dem Zusammenbruch von 1918 war die Demokratie in Deutschland tatsächlich nicht viel stärker als die Arbeiterbewegung. Aber diese war nicht einig, und sie war auch sonst kaum darauf vorbereitet, Staat und Gesellschaft gründlich umzugestalten.«¹ So nüchtern bilanzierte Willy Brandt mit dem Abstand von vielen Jahrzehnten in einer seiner autobiografischen Schriften den Zustand der Arbeiterbewegung in der Transformationsphase vom untergehenden Kaiserreich zur Republik von Weimar. Ihre Spaltung in eine, grob skizziert, die demokratische Staatsform bejahende und innerhalb dieser für grundlegende Sozial- und Bildungsreformen eintretende Sozialdemokratie und eine die Republik von Grund auf ablehnende Kommunistische Partei bedeutete eine der großen Hypotheken für die Weimarer Republik, die ihren fatalen Niedergang nicht zuletzt mitermöglicht hat. Doch Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung waren dem Grunde nach schon im August 1914 verloren gegangen. Im Streit um Burgfriedenpolitik, Kriegskreditbewilligung und einen Frieden ohne Annexionen taten sich während der Kriegsjahre Gräben auf, wie es sie seit der Vereinigung von »Eisenachern« und »Lassalleanern« in Gotha Jahrzehnte zuvor nicht gegeben hatte. Keine der theoriebeladenen Richtungsstreitigkeiten um eine künftige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung oder den Weg zum erstrebten sozialistischen Ideal hatten zuvor eine vergleichbar nach außen tretende Fraktionsbildung zeitigen können, nicht einmal der Revisionismusstreit der Jahrhundertwende. Die Positionierung der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei Kriegsausbruch führte 1917 in die Aufspaltung von Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen. Ein folgenreicher Bruch, den die sozialdemokratische Bewegung erst auf dem Nürnberger Parteitag fünf Jahre darauf – jedenfalls zu weiten Teilen – wieder überwinden konnte.

Nachdem die 100-jährige Wiederkehr des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs erwartungsgemäß eine Vielzahl an Publikationen² hervorgebracht hat, erscheinen derzeit zahlreiche Veröffentlichungen zu den Revolutionstagen vom November 1918 und den dramatischen Ereignissen der Jahreswende 1918/19, ganz der Eigendynamik 100. Jubiläen entsprechend. Dies stellen die beiden Herausgeber des Sammelbands, der Jurist Thilo Scholle und der Jurist und Politologe Uli Schöler, zwei durch zahlreiche einschlägige Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung als Experten ausgewiesene Autoren, in ihrem Vorwort gleich zu Anfang fest. Warum dann, so mag man fragen, die Herausgabe eines weiteren Werkes zu den inneren Konflikten der Sozialdemokratie in jenen Jahren, obgleich gerade dieser Aspekt – wie die Herausgeber selbst konzedieren – als »ausgesprochen gut erforscht« (S. 21) betrachtet werden darf? Die Herausgeber nehmen diese rhetorische Frage vorweg und konstatieren eine bis heute in der Debatte – aus unterschiedlichen Richtungen – wahrnehmbare retrospektive Zeichnung von »Schwarz-Weiß-Bildern«, nach denen die Aufspaltung der Sozialdemokratie in MSPD und USPD sich eindeutig anhand der Trennungslinien unterschiedlicher Zielvorstellungen über die künftige Staatsform (parlamentarische Republik oder Räterepublik) oder gar anhand von moralisch geprägten Kategorien (»Prinzipientreue« und »Verrat«) erklären lasse. Die Vielschichtigkeit der zeitgenössischen Debatten, insbesondere die enorme Spannweite der Auseinandersetzungen zwischen den Akteuren und Strömungen allein schon in der Mehrheitssozialdemokratie stünden solchen hermetischen Zuordnungen und Bewertungen indes von vorne herein entgegen. Dabei machen die Herausgeber deutlich, dass ihnen gerade die »Rehabilitierung« all derjenigen Positionen und Akteure innerhalb der USPD, die in der Vergangenheit oftmals als »Zentrismus« bzw. »zentristisch« gelabelt wurden, ein besonderes Anliegen in der historischen Debatte ist (S. 18 ff.).

¹ Willy Brandt, Links und frei. Mein Weg 1930–1950, München 1984, S. 11.

² Vgl. als Überblick: Roger Chickering, Deutschland im Ersten Weltkrieg. Betrachtungen zur Historiografie des Gedenkjahres, in: AfS 55, 2015, S. 395–444.

Der Band vereint zu diesem Zwecke insgesamt 32 Beiträge vor allem (wenngleich nicht ausschließlich) von Historikern und Sozialwissenschaftlern und in diesem Rahmen sowohl von Universitätsprofessoren wie auch von Nachwuchswissenschaftlern, Pädagogen und Freiberuflern. Der Großteil der beigezeichneten Texte stützt sich methodisch auf einen biografischen Ansatz, beleuchtet das Thema demnach auf der Basis der politischen Biografie einer Protagonistin bzw. eines Protagonisten jener Tage.

Die Platzierung der einzelnen Beiträge folgt einer Grobgliederung in sieben Kapitel, die sich eher lose am zeitlichen Verlauf von der inhaltlichen, später dann parteiorganisatorisch einsetzenden Spaltung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen im Nachgang der Kriegskreditbewilligung durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 1914 bis hin zur Wiederannäherung von MSPD und USPD und ihrer partiellen Wiedervereinigung im Zuge des Vereinigungsparteitags vom September 1922 orientiert. Vor allem aber wird versucht, thematische Schlaglichter zu werfen. Dem Eingangsaufsatz von Jens Ebert (S. 34–45), der in einer Analyse von Feldpostbriefen aus den Schützengräben der Westfront darlegt, wie reflektiert und jeder Kriegsbegeisterung entsagend gerade einfache Arbeiter die Politik der SPD bei Kriegsausbruch als Desillusion, wenn nicht gar als Trauma und Entzauberung vor dem Hintergrund der in Friedensjahren so oft beschworenen internationalen Solidarität empfanden. Unter der Kapitelüberschrift »Der Weg zur Parteispaltung« beleuchten Willy Buschak und Moritz Rudolph die theoretische Auseinandersetzung um eine zukünftige sozialdemokratische Europapolitik während der Kriegsjahre (S. 46–72), bevor sich Bernward Anton, Ernst-Albert Seils und Gisela Notz anhand der politischen Biografien von Wolfgang Heine, Hugo Haase und Luise Zietz den Debatten widmen, die letztlich zur Spaltung in Mehrheitssozialdemokratie und USPD führte. Es folgt ein Unterkapitel mit Beiträgen zur damaligen Bewertung der Ereignisse durch beteiligte Köpfe der Gewerkschaften auf die Entwicklung (S. 118–152), bevor sich hieran drei Regionalstudien mit erkennbarer Schwerpunktlegung auf die anhaltinische Sozialdemokratie anschließen (S. 153–193), die sich teils merklich vom stark biografischen Ansatzpunkt der meisten Aufsätze unterscheiden. Insbesondere der Beitrag von Bernd Rother zur Gegenüberstellung der unterschiedlichen Entwicklung der oldenburgischen und der anhaltinischen Sozialdemokratie verdient Beachtung (S. 153–165). Der Verfasser veranschaulicht, wie sehr schon in den Vorkriegsjahren gegensätzliche Positionierungen und eine unterschiedliche politische Kultur die beiden Bezirke voneinander trennte und auf welche Weise sich das in den Mehrheitsverhältnissen – in Oldenburg war die USPD besonders stark, wohingegen Anhalt weitgehend mit den Mehrheitssozialdemokraten ging – der Kriegs- und früheren Nachkriegsjahre widerspiegelte.

Das an Beiträgen mit Abstand umfangreichste Kapitel steht unter der Überschrift »Demokratie und/oder Diktatur des Proletariats« (S. 193–371) und nimmt die unterschiedlichen politischen, ökonomischen und demokratietheoretischen Vorstellungen ausgewählter Akteure von MSPD und USPD für die Zeit nach dem Ende des Hohenzollernstaats in den Blick. Als besonders lesenswert erweist sich der Aufsatz von Stefan Hilger über die politische Biografie des späteren Reichsfinanzministers Rudolf Hilferding (S. 219–229), der 1917 zunächst mit der Mehrheitssozialdemokratie gebrochen hatte, sich sodann mit seinen Positionen innerhalb der USPD in der Minderheit wiederfand und sich Anfang der 1920er-Jahre als »Brückenbauer« im Rahmen des Wiederannäherungsprozesses der beiden Parteien aktiv betätigte. Besonders fokussiert wird der Vereinigungsprozess schlussendlich in den Beiträgen des letzten Kapitels, welches unter die Überschrift »Spaltungen und Wiederannäherungen« (S. 372–465) gestellt worden ist. Unter anderem porträtiert Teresa Löwe-Bahners mit Eduard Bernstein den vielleicht exponiertesten Wanderer zwischen den Lagern und Strömungen und zwischen MSPD und USPD, der sich kaum anderthalb Jahrzehnte vor Kriegsausbruch in der Revisionismus-Debatte mit Karl Kautsky auf den rechten Rand der SPD verwiesen sah, als überzeugter Pazifist 1917 zur USPD überwechselte und im Dezember 1918 in Schöneberg symbolisch und nachgerade provokativ die Doppelmitgliedschaft in beiden Parteien beantragte (S. 372–389).

Der Band schließt mit einem Nachwort von Peter Brandt, der – gleichsam die Quintessenz der Beiträge zusammenfassend – abschließend heraushebt, welche dramatische Bedeutung die Aufspaltung der Arbeiterbewegung in eine sozialdemokratische und eine kommunistische Richtung nach 1917 gerade für Deutschland im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarländern mit Blick auf die Entwicklung der Weimarer Republik und den späteren Ost-West-Konflikt gehabt hat und zugleich betont, dass diesem

Prozess auch nach dem August 1914 und der Gründung der USPD keine Zwangsläufigkeit innewohnte in Anbetracht der bis in die frühen Weimarer Jahre noch nicht hermetisch geschlossenen Lagerbildung.

Unbenommen des schwerpunktmäßig durchgehaltenen biografischen Ansatzes kann dieser Sammelband, wie von den Herausgebern auch eingeräumt wird, nicht allen relevanten Akteuren einen Einzelbeitrag widmen. Konkret bleiben mit Gustav Noske und Kurt Eisner zwei denkbar gegensätzliche Protagonisten der Ereignisse jener Jahre außen vor. Dies mag man als überraschende Lücken bezeichnen, doch überzeugt die Zusammenstellung auf der anderen Seite gerade dadurch, dass der Band die Perspektiven zahlreicher im kollektiven Gedächtnis der Sozialdemokratie weniger prominent gebliebener Aktivistinnen und Zeitzeugen beleuchtet. Namentlich ist zu loben, dass mit Luise Zietz, Antonie Pfülf, Mathilde Jacob und Marie Juchacz vier Vertreterinnen der Arbeiterbewegung ins Blickfeld einzelner Beiträge genommen werden, die das Bild einer oftmals als weitgehend männlich wahrgenommenen – von Clara Zetkin und Rosa Luxemburg hier freilich einmal abgesehen – intellektuellen Auseinandersetzung jener Jahre in Frage stellen.

Der Sammelband wird durch das konstant hohe wissenschaftliche Niveau seiner Beiträge allen fachlich Interessierten Freude bereiten und lädt auf vielfältige Weise dazu ein, allzu starre Standortzuweisungen mit Blick auf die einzelnen Protagonisten von MSPD und USPD kritisch zu hinterfragen. Im Ganzen besehen stellt er im besten Sinne ein Plädoyer für Zwischentöne und Differenzierungen dar. Der Mut dazu, die »Grautöne« sehen zu wollen, mag der historischen Interpretation der Ereignisse ein ganzes Jahrhundert später ohnehin guttun. Auch und gerade deswegen kann der Band guten Gewissens zum Kauf empfohlen werden.

Gerd Giesen, Berlin

Zitierempfehlung:

Gerd Giesen: Rezension von: Uli Schöler/Thilo Scholle (Hrsg.), Weltkrieg. Spaltung. Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922, Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2018, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81865>> [13.9.2018].

Joachim Käppner, 1918 – Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen, Piper Verlag, München 2017, 528 S., geb., 28,00 €.

Eine Gretchenfrage und ein Grundmissverständnis: Um diese zwei Aspekte kreist die Darstellung der Revolution von Joachim Käppner. Die Gretchenfrage sei die Haltung der Revolutionäre zum Militär (S. 15). Das Grundmissverständnis bestehe aus dem Unvermögen der SPD-Führer, die Ziele ihrer eigenen Basis und die Revolution insgesamt richtig einzuschätzen (S. 461).

Abläufe und Akteure werden generell lebendig geschildert; die journalistische Prägung des Autors kommt der Lesbarkeit sehr zugute. Der Preis für die Anschaulichkeit ist eine starke Fokussierung auf führende Protagonisten, strukturelle Fragen treten demgegenüber etwas zurück.

Insbesondere der Rolle des Militärs und seiner gescheiterten Reform widmet der Verfasser viel Aufmerksamkeit; das steht im Einklang mit anderen aktuellen Publikationen, etwa der Dissertation von Mark Jones zur Gewalt in der Revolution. So beginnt Käppner seine Erzählung mit der Matrosenrevolte und thematisiert ausführlich den Militarismus des Kaiserreichs. Die Vorgänge um die Oberste Heeresleitung, die Umformung der kaiserlichen Armee zu einer nur sehr bedingt republikanischen Truppe und natürlich die Gewalteskalation durch die Freikorps werden prominent behandelt.

Die politischen Umwälzungen finden ebenfalls breiten Raum, insbesondere die Entstehung und die internen Auseinandersetzungen im Rat der Volksbeauftragten. Auch in diesem Zusammenhang konzentriert sich Käppner wieder stark auf Militärfragen, die mit Stichpunkten wie den von ihm zu Recht positiv bewerteten Hamburger Punkten, der fragwürdigen Zusammenarbeit Friedrich Eberts mit Wilhelm Groener und dem versäumten Aufbau republiktreuer Einheiten umrissen sind.

Andere wichtige Themen werden dagegen knapper behandelt. So spielen die Gewerkschaften, abgesehen vom Stinnes-Legien-Abkommen, kaum eine Rolle. Gleiches gilt für die betriebliche Ebene oder den Aufbruch in Kunst und Kultur. Den Räten wird im Anschluss an Heinrich August Winkler lediglich der Part eines Notbehelfs zugebilligt (S. 304). Das unterstreicht Käppner zufolge den Charakter der Revolution als der von »Besonnenen«, die sich auf eine Parlamentarisierung beschränkten, anstatt weitergehende Veränderungen anzustreben. Auch die Sozialisierungsbemühungen werden nur kurz abgehandelt. Positiv hervorzuheben ist dagegen, dass dem Agieren von Frauen besonderes Augenmerk geschenkt wird (S. 357–377).

In einer durchaus differenzierten Gegenüberstellung werden die Erfolge und Versäumnisse der Revolution diskutiert (S. 230–259). Positiv hervorgehoben werden die Demokratisierung mit dem Ende der Zensur, soziale Reformen wie der Achtstundentag, Wahlrechtsänderungen einschließlich des Frauenwahlrechts und die Parlamentarisierung der Regierung. Zu den vier zentralen Versäumnissen zählt Käppner das Scheitern der Sozialisierung, deren Schicksal mit dem Abkommen von Gewerkschaften und Unternehmern bereits in der ersten Woche entschieden worden sei. Diese Argumentation scheint fraglich, hat es doch noch im Frühjahr 1919 eine breite Unterstützung für eine solche Politik gegeben. Für eine wirksame Agrarreform sei die Zeit noch nicht reif gewesen, auch wenn es wenigstens zu einer Aufhebung der Gesindeordnung kam. In Bezug auf die staatliche Verwaltung sieht der Autor ein doppeltes Versagen der Revolutionäre: Weder kam es zu einer wirksamen Kontrolle noch zu einem umfassenden Personalwechsel. Schließlich fehlte eine revolutionäre Symbolpolitik, die Begeisterung entfachen konnte. Grund hierfür sei das Missverständnis zwischen Revolutionsregierung und Revolutionären, denn die SPD-Führer hätten fälschlicherweise vor ihren Anhängern mehr Angst gehabt als vor den alten Eliten und demgemäß wenig für eine positive Haltung der breiten Bevölkerung gegenüber der Revolution getan. Diese fehlende affirmative Bezugnahme auf die Ereignisse wirke bis heute fort. Akteure und Anliegen der Revolution seien heute im kollektiven Bewusstsein kaum verankert – ganz anders als die Erinnerung an Freiheitsbewegungen in anderen Ländern wie Frankreich oder den USA. Dem kann man sicher zustimmen.

Es ist dem Autor anzumerken, dass er in wesentlichen Fragen den Standpunkt des moderaten USPD-Flügels um Hugo Haase teilt, auch wenn er dessen anfängliche Passivität und spätere Flucht aus der Verantwortung kritisiert (S. 355). Diese Akteure hätten ihre richtigen Ansichten daher kaum durchsetzen können. Deutlich harscher fällt die Bewertung der SPD-Spitze aus, die er aufgrund ihres übervorsichtigen Agierens und ihrer zu engen Kooperation mit den alten Eliten maßgeblich für das Scheitern der Revolution verantwortlich macht (S. 453). Das konstatiert Käppner insbesondere mit Blick auf die Militärpolitik von Ebert und Gustav Noske. Recht holzschnittartig erscheint die Darstellung der radikalen Linken. Nicht nur werden der linke USPD-Flügel, die Spartakusgruppe und die KPD wenig differenziert praktisch in eins gesetzt, sondern überhaupt die Radikalen wahlweise als Anhänger »romantischer bis doktrinärer Revolutionsideen« (S. 356) oder schlicht als lärmender Pöbel (S. 335) abqualifiziert. Hier wäre es angezeigt gewesen, die neueren Publikationen etwa von Ralf Hoffrogge Dietmar Lange und dem Autor dieser Zeilen eingehender heranzuziehen.¹

Ähnliches gilt für die zweite Revolutionsphase im Frühjahr 1919, die bei Käppner lediglich als Nachgeschichte figuriert. Die wesentlichen Entscheidungen seien bereits im November und Dezember 1918 gefallen, etwa in Bezug auf die bereits erwähnte Sozialisierung und die parlamentarische Staatsform (S. 240 und 304). Konsequenterweise trägt der Band daher den Haupttitel »1918«. Dabei wird jedoch ausgeblendet, dass in der Wahrnehmung der Zeitgenossen die Revolution 1918 keineswegs abgeschlossen war – unabhängig davon, ob das von ihnen positiv oder negativ bewertet wurde. Ebenso wenig findet die Tatsache angemessene Berücksichtigung, dass es noch im Februar bis April 1919 eine revolutionäre Massenbewegung gab, die sich mit dem Erreichten nicht abfinden wollte und z.B. für eine langfristige Verankerung der Räte eintrat. Die kurzlebige dritte Phase der Revolution im Nachgang des Kapp-Lüttwitz-Putsches 1920 bleibt dann gänzlich unberücksichtigt.

Über das Plädoyer des Autors zugunsten einer weiteren »Historisierung der Debatte« (S. 20) kann man sicher streiten. Zweifelsohne wäre es wünschenswert, die überkommenen Interpretationsschemata aus der Zeit des Kalten Kriegs endgültig zu überwinden. Wenn Historisierung allerdings meint, die Revolutionsgeschichte zu entpolitisieren, sie also nicht mehr auf ihre Relevanz für heutige Debatten hin zu prüfen, sollte dem widersprochen werden.

Darstellung und Bewertung der Revolution in dem Band verbleiben insgesamt im Rahmen des Bekannten. Weder hat Käppner eigenständige Forschungen einfließen lassen, noch fällt er originelle Urteile über das Geschehen. Das ist allerdings nicht per se als Kritik zu verstehen, denn als elegant geschriebene Einführung in das Thema wird der Band sicher seine Leser finden.

Axel Weipert, Berlin

Zitierempfehlung:

Axel Weipert: Rezension von: Joachim Käppner, 1918 – Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen, Piper Verlag, München 2017, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81866>> [13.9.2018].

¹ Vgl. *Ralf Hoffrogge*, Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, 2., korr. u. erw. Auflage, Berlin 2018; *Dietmar Lange*, Massenstreik und Schießbefehl . Generalstreik und Märzkämpfe in Berlin 1919, Münster 2012; *Axel Weipert*, Die zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015.

Mark Jones, Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Propyläen Verlag, Berlin 2017, 432 S., geb., 26,00 €.

Andreas Platthaus, Der Krieg nach dem Krieg. Deutschland zwischen Revolution und Versailles 1918/19, Verlag Rowohlt Berlin, Berlin 2018, 444 S., geb., 26,00 €.

Die Novemberrevolution und die Entstehungsphase der Weimarer Republik gehörten zu den großen Diskussionsthemen der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft in den 1950er- und 1960er-Jahren, zum Teil auch angestoßen durch die Konfrontation mit dem durch die DDR-Geschichtswissenschaft vermittelten Bild. Angesichts der dabei erreichten Verbreiterung des Blicks von einer Gegenüberstellung der säuberlich zu unterscheidenden Alternative »Demokratie oder Räte« hin zu einer – bei allen Nuancen – wesentlich differenzierteren Auswahl an politischen Optionen erlahmte in den letzten Jahrzehnten das rege Interesse an diesem Thema. So sprach man sogar schon von einer »vergessenen Revolution«.¹

Doch mit dem herannahenden 100. Jahrestag des November 1918 und der sich ihm anschließenden Ereignisse war schon, wie immer bei solchen »runden« Gedenktagen, eine Publikationswelle absehbar. Allerdings hatte sich bereits zuvor angedeutet, dass es daneben auch in der Forschung ein neues Interesse gibt, nicht zuletzt aufgrund des Wegfalls der durch die Blockkonfrontation geprägten politischen Rahmenbedingungen, aber auch aufgrund neuer bisher vernachlässigter Fragestellungen. Zudem sind nun die in der DDR verwalteten und dort alles andere als erschöpfend bearbeiteten Quellen problemlos zugänglich geworden. Damit konnte dann auch ein neuer, vertiefter Blick auf bestimmte Erscheinungen wie die Räte oder auf Schlüsselereignisse geworfen werden, über die scheinbar doch schon alles gesagt war. Andererseits bleibt ein so wichtiges Thema wie Frauen in der Novemberrevolution weiterhin noch immer vergleichsweise »untererforscht«.

Die Arbeit von Mark Jones über die Gewaltspirale von November 1918 bis Frühling 1919 hat dabei zweifellos Furore gemacht. Kaum jemals zuvor wurde so detailliert die zentrale Ereigniskette in ihrer Verknüpfung und in ihrer Dynamik nachgezeichnet, die der entstehenden Weimarer Republik ihre blutigen Geburtsmerkmale aufdrückte. Dabei sind die einzelnen Stationen durchaus bekannt und als solche schon dargestellt worden. Die unmittelbaren Ereignisse um den Sturz der Monarchie und der Etablierung der Arbeiter- und Soldatenräte, mit denen Jones' Darstellung nach einer kurzen Skizze der ausgeweglosen militärischen Situation an der Westfront und dem daraufhin erfolgten Waffenstillstandsbegehren beginnt, liefen vergleichsweise unblutig ab. Die Eskalation setzte mit den Unruhen in Berlin um Weihnachten 1918 herum ein und erreichte ihren ersten Höhepunkt mit den oft fälschlicherweise als Spartakusaufstand bezeichneten Januarkämpfen – hier noch mal detailliert als Mythos zurückgewiesen –, in deren Gefolge Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht umgebracht wurden. Während der genaue Ablauf der bewaffneten Zusammenstöße, aus denen sich diese Kämpfe zusammensetzten, bisher oft nur sehr überblicksartig nachgezeichnet wurde, gilt das zweifellos nicht für die beiden Mordtaten, die in einer umfangreichen Literatur behandelt worden sind. Das gilt ähnlich für die verschiedenen Gewaltereignisse in Verbindung mit der Münchner Räterepublik, mit denen Jones abschließt. Eher im Hintergrund stand lange das von ihm in seiner zentralen Bedeutung herausgestellte Verbindungsglied der Berliner Märzkämpfe², bei denen es insbesondere durch den Schießbefehl des Reichswehrministers Gustav Noske, der den Regierungstruppen die Erlaubnis zur verfahrens- und straflosen Hinrichtung auch von Zivilisten einräumte (und damit das preußische Standrecht ad acta legte) zu einem qualitativen Sprung in der Entgrenzung von Gewalt kam, wie sich dann wenige Wochen darauf in Bayern zeigen sollte.

Während der historiografische Blick bisher stärker auf die jeweiligen politischen Zusammenhänge und Folgen gerichtet war, steht hier ganz die Abfolge der Gewaltereignisse im Fokus, wie das bisher so dicht

¹ Vgl. *Alexander Gallus* (Hrsg.), *Die vergessene Revolution von 1918/19*, Göttingen 2010.

² Vgl. *Dietmar Lange*, *Massenstreik und Schießbefehl. Der Generalstreik und die Märzkämpfe in Berlin 1919*, Münster 2012.

aus eher wenig ausgewerteten Quellen noch nicht dargestellt wurde. Zum einen sind das die umfangreichen amtlichen Untersuchungen, die zu den verschiedenen Vorfällen eingeleitet wurden, oftmals im Rahmen von Gerichtsverfahren, für die sie anschließend aber häufig keine große Bedeutung hatten. Das Material wanderte dann in die Archive. Einen weiteren wichtigen Quellenbestand liefert die minutiös ausgewertete Tagespresse. Viele Zeitungen erschienen bekanntlich täglich in mehreren Ausgaben und allein durch die Breite dieses Quellenkorpus über das ganze politische Spektrum hinweg ergibt sich schon ein facettenreiches Bild – was noch einmal auf die Bedeutung dieser Quellenart verweist, wenn sie systematisch bearbeitet wird.

Auf dieser Grundlage zeigt sich eine eskalierende, eng verknüpfte Spirale der Gewalt, wo auf einen ersten Schritt hin – zu Beginn eher verbale Gewaltandrohungen oder etwas, was man noch als ein im Prinzip eingrenzbare Scharmützel bezeichnen könnte – in der Reaktion darauf eine gleichsam exponentielle Steigerung erfolgte. Angetrieben wurde das zum einen durch eine sich auf dem Weg der Autosuggestion steigernde Bolschewismusfurcht, die Angst vor einem irgendwie undefinierbaren, gleichsam abgrundtiefen Chaos, wobei Jones hier auf die französische Revolutionshistoriografie (vor allem Georges Lefèbvre – S. 69f.) verweist. Die Verantwortung dafür sieht er vor allem bei Friedrich Ebert und den anderen Führern der Mehrheitssozialdemokratie, die unter allen Umständen eine Entwicklung wie in Sowjetrußland verhindern wollten, wobei sie – was Jones allerdings nicht weiter vertieft – die bolschewistische Seite als die wesentlich vorantreibende Kraft identifizierten und dazu bereitwillig mit dem Militär paktierten. Das allerdings hatte schon von vornherein auf die Abrechnung mit der Revolution hingearbeitet und so liegt der Schwerpunkt seiner Untersuchungen auf dessen Vorgehen in den verschiedensten Formationen, seien es die »regulären« zurückgekehrten Fronttruppen, seien es die neu aufgestellten Freikorps aus bereits Demobilisierten oder zuvor nicht Einberufenen.

Andererseits will er aber auch nicht die radikale Linke davon freisprechen, vor allem durch ihre Propaganda für die notfalls gewaltsame Fortführung der Revolution – etwa in der »Roten Fahne« von Spartakusbund/KPD – zu dieser Eskalationsspirale beigetragen zu haben. Dabei macht er klar, dass sowohl die entstehende KPD wie auch der radikale Flügel der USPD (um die Revolutionären Obleute) einer Selbsttäuschung erlagen, was ihre tatsächliche Kraft und insbesondere ihren militärischen Einfluss betraf, und damit ebenfalls von Autosuggestion keineswegs frei waren. Das wurde allerdings auf der Gegenseite oftmals für bare Münze genommen.

In dieser dichten Beschreibung wird ein Bild der Ereignisabläufe gezeichnet, von denen er zu Recht als Ausgangspunkt für die Weimarer Republik spricht, was im englischen Originaltitel (»Founding Weimar«) noch präziser zum Ausdruck kommt. Dies belastete die Republik mit einer Hypothek, die die Nazis, wie er zum Schluss an einer Reihe von Beispielen zeigt, problemlos für sich ausnützen konnten. Das heißt keineswegs, dass die Entwicklung ab 1933 in den Jahren 1918/19 bereits antizipiert war, wohl aber, dass die Weigerung der republikanischen Führung in jenen Jahren, nach Ingangsetzung der Dynamik der weiteren Eskalation Einhalt zu gebieten oder das Vorgefallene wenigstens gründlich aufzuklären – auch dazu breitet Jones ein umfangreiches Material aus, was durch die bisherige Forschung so konzentriert auch noch nicht vorgelegt wurde –, sich unter den Krisenbedingungen ab 1929 voll gegen die Weimarer Republik wendete.

Diese Arbeit geht auf eine Dissertation am European University Institute zurück, die für die Buchfassung noch durch ergänzende Forschungen vertieft wurde. Die deutsche Version wurde gegenüber dem englischen Original vor allem bei den umfangreichen Belegen und in der Auseinandersetzung mit der bisherigen Forschungsliteratur etwas gekürzt. Sie ist völlig genügend, um die Intensität der Argumentation nachzuvollziehen. Will man aber bestimmte Elemente in allen Einzelheiten aufarbeiten, ist sicherlich der Rückgriff auf das Original angezeigt. Die deutsche Übersetzung ist außerdem manchmal etwas umgangssprachlich-salopp oder ungewöhnlich (»imperiale Truppen« [S. 20] = Truppen des britischen Empire). Auch im Register finden sich Ungenauigkeiten, so dass beispielsweise aus dem USPD-Funktionär Otto Tost ein Trost (S. 143) und Karl Liebknecht wegen Landes- statt Hochverrat (S. 76) verurteilt wurde.

Jedenfalls hat Jones ein dichtes Bild gezeichnet, das die Anfangszeit von Weimar in den breiten Rahmen der in den letzten Jahren betriebenen Forschung über »Gewalträume« im 20. Jahrhundert und speziell in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg einordnet. Als eine abgeschlossene Darstellung steht sein Buch sicherlich erst einmal für sich. Sie wird aber hoffentlich weitere Forschungen anregen, um das Verständ-

nis dieser so folgenreichen Entwicklung zu verbreitern. Oftmals sind es doch nur sehr vage und unbestimmte anonyme Faktoren, die wirken, wie zum Beispiel ein »historisches Feuchtbiotop« (S. 93). Hier wird man sicher noch genauer auf die prägenden Bedingungen für die einzelnen Akteure schließen müssen. Welche sinnstiftende Rolle spielte der faktische Bürgerkrieg als Ersatz für den – nicht eingestandenen – verlorenen Krieg und wie wurde das vermittelt? Überhaupt stellt sich die Frage, wie sich die Prozesse der »Autosuggestion« erklären lassen. Durch einen Mechanismus rein psychologischer Bedingungen? Oder doch auch durch massive propagandistische Einflussnahme? Dazu liegen zwar bereits viele Hinweise vor, die man zukünftig zu einer Gesamtschau verbinden muss.

Zudem stellt sich die Frage, wie sich die im Kriegsverlauf zuvor ausgeübte und erfahrene Gewalt ausgewirkt hat: Nicht nur die des »normalen« Kriegs, sondern die aus politisch bestimmten Zusammenhängen wie etwa der Genozid an den Armeniern oder der Bürgerkrieg in Finnland, also in Bündnispartnern des Deutschen Reichs. Das hatte zwar sicherlich nicht einen Niederschlag im breiten Bewusstsein gefunden, die Kenntnis davon war aber bei den Entscheidungsträgern 1918/19, vor allem auf militärischer Seite, sicherlich sehr präsent. Ebenso sind sicherlich die allgemeine Not, der Mangel an Lebensmitteln und Brennstoff, und damit die zentralen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – die bei Jones allenfalls am Rande auftauchen – als eine treibende Kraft aus der Analyse der Gewaltdynamik nicht hinwegzudenken. Aber das alles ändert nichts daran, dass Jones das – durchaus eingetrübte – Bild der Begründung der Weimarer Republik entscheidend erweitert hat.

Einen etwas anderen Akzent bezüglich der Polarisierung der deutschen Gesellschaft, dem »Krieg nach dem Krieg«, setzt Andreas Platthaus, Literarchef der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in seiner für ein breites Publikum geschriebenen Darstellung. Darin geht es ihm vor allem um die Frage der Friedensschließung, von den Erwartungen bei Abschluss des Waffenstillstandes bis hin zur Auseinandersetzung um den Versailles Vertrag, wie er dem Deutschen Reich von den Alliierten zur bedingungslosen Unterzeichnung präsentiert wurde, was die neue Republik – angesichts der einzigen Alternative einer Wiederaufnahme des Kriegs – bekanntlich in eine tiefe Krise stürzte.

In einer Darstellung auf der Basis von Memoiren und Zeitdokumenten sowie ausgewählter Sekundärliteratur entwirft er so ein Panorama, das im November 1918 einsetzt, über die ersten Kämpfe um die Revolution im Winter 1918/19 – mit einem Kapitel über die Ermordung verschiedener Akteure der Revolution und dem Verhalten der Justiz zugunsten der Täter – dann zu den verschiedenen Problemen der Vertragsausarbeitung und schließlich der Unterzeichnung führt. Darin eingebaut sind zwei ausführliche biografische Kapitel, die diese Problematik anhand von Albert Einstein – »der internationale Blick« – und von Theodor Wolff – »der nationale Blick« – ausführen. Aber auch weitere Akteure sind mit biografischen Skizzen präsentiert. Schließlich setzt ein Kapitel über Claude Monets Wasserlilienzyklus, von denen er einen Teil als Siegesgeschenk an die französische Republik, vermittelt durch seinen Freund Clemenceau, übergab, einen ersten Schlusspunkt, dem noch ein Exkurs über das Schloss Versailles und seine symbolische Bedeutung im Rahmen des Friedensvertrags folgt.

Das Ganze ist zweifellos flott und unkompliziert geschrieben. Ärgerlich sind nur eine Reihe von Ungenauigkeiten, auch wenn sie im Fluss der Erzählung untergehen, und dass er, auch bei einigen indirekten Fragezeichen daran, die Januarkämpfe noch immer als Spartakusaufstand darstellt. Auch wenn es Sachkundigen nichts wirklich Neues bringt, was ja auch nicht die Absicht des Autors war, liefert das Buch doch einen eingängigen Blick, vermittelt durch wichtige handelnde Personen, auf die Rolle der Friedensvertragsfrage bei der Polarisierung in der Entstehungsphase der Weimarer Republik spielte.

Reiner Tosstorff, Frankfurt am Main

Zitierempfehlung:

Reiner Tosstorff: Rezension von: Mark Jones, Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Propyläen Verlag, Berlin 2017 und Andreas Platthaus, Der Krieg nach dem Krieg. Deutschland zwischen Revolution und Versailles 1918/19, Verlag Rowohlt Berlin, Berlin 2018, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81867>> [13.9.2018].

Martin H. Geyer, Kapitalismus und politische Moral in der Zwischenkriegszeit. Oder: Wer war Julius Barmat?, Hamburger Edition, Hamburg 2018, 589 S., kart., 40,00 €.

Als der mit einer Niederländerin verheiratete, staatenlose Julius Barmat 1919 in Deutschland ankam, schlug ihm Misstrauen entgegen: »War er ein gerissener Unternehmer, der die wirtschaftliche Not Deutschlands ausnutzte, ein Agent des Kaiserreichs, gar ein sowjetischer Bolschewik oder doch nur ein opportunistischer Sozialdemokrat?“ (S. 31) Als er am 8. Januar 1938 in belgischer Untersuchungshaft starb und die Nachrufe einsetzten, wusste man dann genau, wer dieser Barmat gewesen war: »eine der unsympathischsten und unseligen Figuren der Nachkriegsgeschichte«, eine der »seltsamsten fremden Abenteurerfiguren« des Jahrhunderts, der Inbegriff des »internationalen Gaunertums«, ein »jüdischer Großschieber« und »skrupelloser Finanzjude«, der sich in die »Klubsessel der Systembonzen« gedrängt habe (S. 417f.). Diese Etiketten scheinen das zeitgenössische Wissen über einen »Fall«, der die Weimarer Republik begleitete und sich in die Zeit des Nationalsozialismus verlängerte, abschließend zu kodifizieren. Geschichtswissenschaftlich kann das natürlich nicht das letzte Wort sein. Martin H. Geyer versucht nun herauszufinden, warum dieser heute vergessene Name über Jahre hinweg einen Raum wilder Assoziationen öffnete. Er tut dies in beeindruckender Weise.

Der scheinbar harte Kern des »Falls Barmat« ist ein verworrenes Nebeneinander von im Rückblick mal amüsanten, mal wirtschaftsgeschichtlich aufschlussreichen Geschäftsmodellen, Unternehmensformen, Unternehmertypen usw. Dabei begegnen kleine Bankangestellte, die leichtfertig das Geld anderer Leute aufs Spiel setzten; es begegnen, Minister und Ministerialbeamte, die »im Dienste der Wirtschaft« Regeln ignorierten oder in denen einfach nur das Spekulationsfieber entbrannt war; es begegnen wichtige und weniger wichtige Politiker, die in einer Villa auf Schwanenwerder Freundschaftsgaben empfingen; es begegnet ein Fräulein von Papen, die durch delikate Privatkredite in die Bredouille geriet. Vor allem aber begegnen: Verschwörungstheorien, profilierungssüchtige Staatsanwälte, plump antikapitalistische Theatermacher, eine kommunistische und deutschnationale (Presse-)Agitation, in der die Grenzen zwischen Kapitalismuskritik, Antisemitismus und Kampagnen gegen Republik und Sozialdemokratie fließend waren. Martin H. Geyer rekonstruiert all diese Zusammenhänge überzeugend. Schritt für Schritt zeigt er, wie aus einem Fall, dessen gerichtliche Aufarbeitung keine große Korruptionsaffäre, sondern »eher banale Formen wirtschaftlichen Versagens und Unvermögens in einer Zeit extremer wirtschaftlicher Unsicherheit [...], gepaart mit einer ordentlichen Portion Dreistigkeit und Dummheit« (S. 15) sichtbar werden ließ, eine »große Geschichte« wurde.

Entlang der biografisch stilisierten Leitfrage – »Wer war Julius Barmat?« – bietet Martin H. Geyer eine herausragende politische und ökonomische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit; eine zwar primär *deutsche* Geschichte, die aber reich an transnationalen Bezügen ist. Barmats Geschichte, so Geyer, handle »vom ungewöhnlichen Leben eines bekannten Unbekannten«. Ego-Dokumente sind kaum überliefert, dafür aber eine Fülle zeitgenössischer Quellen *über* Barmat. Seine Biografie »schrieben andere, indem sie seinen Namen als Metonymie, Stigma und als Projektionsfläche benutzten: für Demokratie und ihre mögliche Dekadenz, für Korruption, Abwege von Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit, unlauteres wirtschaftliches Gebaren sowie einen »jüdischen Kapitalismus« seit dem Krieg.« (S. 18) Hier setzt Geyers Studie an. Die Pointe liegt darin, dass die zeitgenössischen Zuschreibungen an ein Unternehmerleben als gesellschaftsgeschichtliche Sonde genutzt werden. Auf diese Weise wird »Barmats Schicksal« – nicht »Herr über seinen Namen wie die eigene Biografie zu sein – jedenfalls nicht im öffentlichen Raum, wo sich andere seinen Namen aneigneten und mit ihm in den politischen Kampf zogen« (S. 456) – methodisch und theoretisch produktiv gewendet.

Angesichts der Material- und Themenfülle, der überraschenden Beobachtungen, klugen Interpretationen und weiterführenden Spuren ist es kaum möglich, die Studie in wenigen Sätzen auch nur rudimentär wiederzugeben. Daher beschränke ich mich hier auf die Skizze einiger interpretatorischer Leitlinien. Martin H. Geyer interpretiert Barmat als einen »Grenzgänger des

Kapitalismus«, an dem das Problem der Überschreitung rechtlicher und ethischer Normen sowie der politischen Moral verhandelt wurde. Kriegs- und Nachkriegszeit geraten so als eine Zeit des wiedererstarnten »politischen Kapitalismus« (Max Weber) in den Blick; eines Kapitalismus, der, in Abgrenzung zum »rationalen Kapitalismus«, »auf der spezifischen Ausbeutung politischer Macht durch wirtschaftliche Akteure basierte.« (S. 22) »Vor Webers Augen« – Geyer führt Webers Überlegungen als produktiven analytischen Hebel und als ihrerseits erklärungsbedürftiges zeitgenössisches Wahrnehmungsmuster ein – »stand ›ein wilder Tanz um das goldene Kalb, ein hasardierendes Haschen nach jenen Zufallschancen, welche durch alle Poren dieses bürokratischen Systems quellen«, was das Aufblühen von ›Schmarotzern‹, ›Tagedieben‹ und ›Ladentischexistenzen‹ zur Folge hatte. Das war eine Anspielung auf die ›hosenverkaufenden jüdischen Jünglinge‹, von denen der Historiker Heinrich Treitschke gesprochen hatte; Weber sprach verklausuliert von einer ›Verösterreichung‹ Deutschlands. Das sind alles Themen, mit denen sich dieses Buch auseinandersetzen wird.« (S. 23) Das derartige »Positionierungen mit eklatanten religiösen, ethnischen wie rassischen Stereotypisierungen überformt waren« (ebd.), war keineswegs Zufall. Vielmehr deutet es auf eine bestimmte Art der Kapitalismusanalyse hin; einen heute, so Geyers Diagnose, weitgehend verschwundenen deutschen Antikapitalismus, der antisemitisch konnotiert war und um die Gegenüberstellung eines produktiven Kapitalismus und eines spekulativen Pariakapitalismus kreiste.

Julius Barmat wurde so zum Sinnbild eines Grenzgängertums, an dessen unternehmerischen Tätigkeiten sich die Usancen und die ethisch-moralische Akzeptabilität des (kapitalistischen) Geschäftsverkehrs unter den Bedingungen von Inflation, Wirtschaftskrise, Währungsstabilisierung usw. diskutieren ließen. Eingebettet war das in den 1920er-Jahren in Debatten um einen vermeintlich neuen Unternehmertypus, der sich von den Industriekapitänen des Kaiserreichs unterschied: die 30-jährigen, waghalsigen, kühnen, instinktgeleiteten »neuen Männer« wie Hugo Stinnes oder Friedrich Flick. Barmat hätte in dieses Schema passen können, hätte der Wirtschaftsantisemitismus nicht für ihn und andere jüdische Unternehmer einen eigenen Beurteilungsmaßstab bereitgestellt, der die Wahrnehmung seines Konzerns und seiner Geschäftspraktiken in eine bestimmte Richtung lenkte. Beim Barmat-Konzern handelte es sich schließlich um ein komplexes Beteiligungsgeflecht aus diversen Firmen, die in diversen Branchen aktiv waren. Gleichzeitig war der Konzern hochverschuldet, weil Firmenkäufe kreditfinanziert erfolgten – und deshalb gerieten auch die Kreditgeber (unter anderem die Preußische Staatsbank) in die Kritik. Angesichts der Kreditrestriktionen im Zuge der Währungsstabilisierung wurde dann rasch der Verdacht formuliert, Barmat und Co. hätten mittels der ihnen gewährten Kredite die Notlage der vom Kapitalmarkt abgeschnittenen (natürlich deutschen, nicht-jüdischen) Unternehmen ausgenutzt, und sie so unter ihre (natürlich jüdische) Kontrolle gebracht. Die zeitgenössischen Deutungen wirtschaftlichen Grenzgängertums, für das nicht zuletzt Julius Barmat stand, erweisen sich im Rückblick selbst wiederum als symptomatisch. Sie bieten Einblick in ein Geflecht aus Kampagnen und Maßnahmen, die von der staatlichen Einhegung des Kapitalismus bis hin zum Ausschluss und zur radikalen Eliminierung des ›spekulativen Kapitalismus‹ reichten. Einen besseren Reiseführer durch dieses verworrene politökonomische und politmoralische Gelände als Martin H. Geyers Studie kann man sich nicht wünschen.

Timo Luks, Gießen

Zitierempfehlung:

Timo Luks: Rezension von: Martin H. Geyer, Kapitalismus und politische Moral in der Zwischenkriegszeit. Oder: Wer war Julius Barmat?, Hamburger Edition, Hamburg 2018, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81868>> [13.9.2018].

Julia Hörath, »Asoziale« und »Berufsverbrecher« in den Konzentrationslagern 1933 bis 1938, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 2017, 387 pp., Hardcover, 65,00 €.

In this excellent new study, Julia Hörath joins a number of other scholars – some of them, like her, former members of Nikolaus Wachsmann’s research team of doctoral students at Birkbeck College, University of London – in placing the pre-war history of the Nazi concentration camps under the microscope.¹ Hörath’s interest is in two groups whose presence in the early camps has been largely overlooked, at least for the period before 1937/38, namely »asocials« and »professional criminals«. However, her findings are not just restricted to these particular categories of prisoner. Rather, her book has profound implications both for our understanding of the origins and early development of the KZ system, and for related forms of social-racial persecution in the pre-1939 era, including compulsory sterilisations, punitive welfare measures, forcible assignment in workhouses, and last but not least, the »legal terror« practised through the Third Reich’s judicial system and its brutal enforcement of the Reich penal code.²

In place of the previous *Stufenmodell* for understanding the move from the first concentrations camps in 1933 to genocide after 1941/42, which identifies certain key »steps« that had to be taken in order to expand the range of previously unthinkable (and unthinkable violent) »solutions« to imagined racial-biological threats, Hörath offers a broader chronological reading of the persecution of social outsiders, with origins going back well before the early 1930s. Phase one, from the 1880s through to 1933, constitutes the »period of conceptual experimentation«, when ideas about hereditary criminality, preventative policing and the need to »solve« the inherent security challenge posed by »non-settled«, »degenerate« and »work-shy« persons first began to take shape. Phase two, which is the focus of her study, was the »period of practical experimentation«, from 1933 to 1937/38, when the numbers of »asocials« and »professional criminals« incarcerated in camps were already high enough that the basic ideological contours of Nazi policy towards these two groups were clear to see. Phase three, from 1937/38 to the outbreak of the Second World War, forms the »period of centralisation, systematisation and expansion of numbers«, when significant institutional innovation, but not ideological change, took place.

Underpinning this model is Hörath’s application of the exiled German jurist Ernst Fraenkel’s famous theory of the »Dual State«, whereby, under the political system established by the Nazis, responsibility for upholding certain judicial norms lay in the hands of the »normative state«, while the »prerogative state« was able to act beyond such norms in order to meet the »higher« imperative of safeguarding, without legal restraint, the future of the German race and people.³ Almost all office holders in the »Third Reich« accepted the principle of duality, but disputed where the line between the *Normenstaat* and *Maßnahmenstaat* should be drawn. This means that for Hörath, Fraenkel’s »Dual State« should not be seen as a description of empirical reality but as a Weberian »ideal type«, against which different political actors sought to impose their own agendas – with some preferring to use *maßnahmenstaatliche* measures against political suspects only, and others wishing to expand this to include certain categories of social outsider.

¹ Alongside his own magnum opus, *Nikolaus Wachsmann*, KL. A History of the Nazi Concentration Camps, London 2015, and a number of edited collections, three other members of the group have produced specialist monographs – see *Christopher Dillon*, Dachau and the SS. A Schooling in Violence, Oxford/New York etc. 2015; *Kim Wünschmann*, Before Auschwitz. Jewish Prisoners in the Prewar Concentration Camps, Cambridge/London 2015; *Paul Moore*, The View from Outside. The Nazi Concentration Camps and the German Public, 1933–1945, Oxford/New York etc. 2018 (forthcoming).

² »Legal terror« was the subject of an earlier work: *Nikolaus Wachsmann*, Hitler’s Prisons. Legal Terror in Nazi Germany, New Haven/London 2004.

³ *Ernst Fraenkel*, The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship, New York 1941.

Of course, in the Weimar period various demands had been made for harsher penalties against repeat criminal offenders, the willfully unemployed, and alcoholic or »work-shy« men who failed to support their families. However, the key difference between the situation before and after 1933 is that under the Nazis neither the courts and the judiciary, nor elected parliamentary deputies, had any influence over how policy choices in the increasingly related areas of medicine, social welfare and criminal policing were made. Rather, the criteria for what belonged to the *Normenstaat* and what to the *Maßnahmenstaat* was now decided purely on the basis of political or economic convenience. This might come from the top, for instance when Propaganda Minister Joseph Goebbels used the *Bettlerrazzia* (police-led round-up of beggars) in September 1933 to launch the first Winter Aid Relief campaign since the Nazis came to power, thereby attempting to harmonise popular notions of what constituted moral and immoral forms of social behaviour with the new *Leistungsprinzip* that underlay the regime's *völkisch* welfare policies. But it might come from lower down too, among local and regional officials who were also interested in seeing an end to the *Rechtsstaat* and/or universal welfare provision, and the use of more opportune measures, including extra-legal detention, against those deemed a public nuisance, »asocial« or genetically-inclined towards criminality.

Two key instruments of the security state furthered this process: *Schutzhaft* (»protective custody«) and *Vorbeugungshaft* (»preventative custody«), both of which had their origins in nineteenth-century Prussian laws and forms of extra-judicial incarceration. *Schutzhaft* was especially controversial because of its extensive use during the First World War under the state-of-siege legislation, and again during the military state of emergency declared by President Friedrich Ebert in 1923/24, when the main targets were communists. Yet Hörath also shows how both instruments were expanded in the immediate period after the Nazis came to power (1933/34) through the efforts of the *Landesregierungen* and a variety of other local and regional actors, including private and state welfare agencies, medical centres, directors of workhouses and various branches of the criminal and political police as well as the NSDAP, SA and the SS, all of which were determined to work outside the rule of law and beyond any democratic oversight or constitutional restrictions.

The police, the welfare authorities and other non-judicial bodies in the two largest German states, Prussia and Bavaria, were successful from as early as 1933/4 in getting some »professional criminals« and social »deviants« or »delinquents« admitted to state-run camps on the basis of a mixture of *Vorbeugungshaft* and *Schutzhaft* orders, with Prussia showing a preference for the former and Bavaria for the latter. The situation in Baden and Thuringia – the two other states that Hörath examines in detail – was even more complex. In Baden, for instance, the erstwhile correctional facility at Kislau remained for many years after 1933 a hybrid form of workhouse-cum-concentration camp, with the director glad to have a steady supply of both types of inmate. In the Landesheilanstalt in Stadtroda, Thuringia, a special section was set up by the state authorities for the extra-legal detention of »asocials carrying sexually transmitted diseases«. Individual women could be sent there without their consent from other establishments, not for treatment of their condition, or even as a means of infection control, but – as the director of the university clinic in Jena put it in relation to one of his female patients – in order to protect the wider »moral sensitivities [*Moralauffassung*] of the population« (p. 268). Only after 1934 were significant moves made towards greater centralisation, with the SS increasingly taking the lead and exerting a growing influence on the terminology used by provincial actors. Even so, local variations and »grey zones« were retained after 1934 and even beyond 1937/38.

Hörath's study confirms, and substantially builds on, the ideas of Michael Wildt concerning the *Volksgemeinschaft* as »call to action« and means of individual and collective »self-empowerment«. ⁴ It also draws attention to the work of Jane Caplan, who in an essay published some years ago already began to raise important questions about the complex early origins of extra-judicial political detention under the Nazis, and to challenge the conventional picture of a binary split between SA »wild« camps and the initially more »restrained« state-run camps. ⁵ It offers some fascinating detail on particular

⁴ Michael Wildt, *Hitler's Volksgemeinschaft and the Dynamics of Racial Exclusion. Violence against Jews in Provincial Germany, 1919–1939*, New York, 2012 (first published in German 2007), pp. 38, 278–281.

⁵ Jane Caplan, *Political Detention and the Origin of the Concentration Camps in Nazi Germany, 1933–1935/6*, in: Neil Gregor (ed.), *Nazism, War and Genocide. Essays in Honour of Jeremy Noakes*, Exeter 2005, pp. 22–41, here p. 29.

institutions, such as the former workhouse at Moringen in the Prussian province of Hanover (today Lower Saxony), and makes a convincing case for focusing on the *Bettlerrazzia* of September 1933 as a key moment in the persecution of »asocials« at regional and national level. Coming under the new state of emergency established under the Reichstag Fire Decree, it differed little in aim, scope and intensity to the more well-known national round-ups of 1937 and 1938, with the only proviso that in 1933 the direct link between the imprisonment of »asocials« and sterilisation measures as part of the same programme for social-racial »purification« had not yet been made. Preventative policing methods indeed continued to be an important factor right up to the launch of the first stage of »Aktion Arbeitsscheu Reich« (»Operation Work-Shy Reich«) in April 1938, although Hörath admittedly sees a clearer move towards plugging gaps in the labour market in the second, and more extensive, round of arrests in June 1938.

Overall, Hörath's conclusions are convincing and help to reframe our understanding not only of the early camps, but of the complex interactions, sometimes hostile but at other times mutually reinforcing, between key institutions like the Gestapo and the Kripo. There is one partial blind spot in her approach, however. In her discussion of historiography, Hörath correctly identifies a marked reluctance among scholars until the 1990s to examine the early history of the camps. She attributes this to the fear that such an approach might be misinterpreted as an attempt to »trivialise« the mass genocide of the war years. Yet she herself seems to be wary of drawing too much attention to regional exceptionalism lest this trivialises the role of the SS in centralising the KZ system, from the creation of the Inspectorate of Concentration Camps (IKL) by Theodor Eicke in May 1934 through to the establishment of the two key instruments of the Holocaust and wartime forced labour system: the Reich Security Main Office in 1939 and the SS Main Economic and Administrative Office in 1942. In particular she repeatedly asserts that before the establishment of the IKL, Bavaria was no »special case«, even if it stood out, then and later, as a part of Germany with an especially high number of *Schutzhaftlinge*. Different regions were working independently, but all towards the same increasingly violent and racist goals, she contends, and were all equally empowered to act outside the law by the Reichstag Fire Decree.

Yet an argument might still be made for Bavarian exceptionalism. Hörath acknowledges that *Schutzhaft* was a favoured tool there during the Nazi takeover of power in 1933/34, but does not recognise that one of the reasons for this was the irony that Bavaria, alone of the German states, had not been able to use this instrument during the First World War because the 1851 Prussian state-of-siege law did not apply there.⁶ The practice of *Schutzhaft* in fact first came to Bavaria immediately after the crushing of the Munich Soviet in May 1919, when emergency powers invested in the new office of Reich President (and later confirmed through § 48 of the new Reich constitution) were extended to this particular state as a means of combatting what was seen as an ongoing threat of communist insurgency.

More to the point, the Munich police authority used the new possibilities represented by (post-1918) *Schutzhaft* to apply for the imprisonment without charge and without judicial review not only of political suspects – as the military commanders responsible for seeing off the »red threat« wanted – but individuals singled out from arrest records as belonging to the »big city scum« (*Großstadtgesindel*). Although there were no concentration camps in Bavaria at this time, places such as the women's correctional facility at Aichach near Augsburg were used to house female prisoners explicitly identified as *Schutzhaftlinge*. Their male counterparts were sent to the former POW camp at Puchheim. The overall aim was to turn Bavaria into an *Ordnungszelle*,⁷ in other words an alternative, illiberal model of policing, welfare provision and state governance which would cancel out the democratic achievements (or, from the point of view of its opponents, the »chaos«) of the November revolution. This does not on the whole invalidate Hörath's very well-made argument for seeing the Reichstag Fire Decree of February 1933 (issued by a different Reich President, Paul von Hindenburg, but under the same § 48)

⁶ See *Christian Schudnagies*, *Der Kriegs- und Belagerungszustand im Deutschen Reich während des Ersten Weltkrieges: Eine Studie zur Entwicklung und Handhabung des deutschen Ausnahmestandsrechts bis 1918*, Frankfurt am Main 1994, pp. 48-50.

⁷ *Michael H. Geyer*, *Verkehrte Welt: Revolution, Inflation und Moderne. München 1914-1924*, Göttingen 1998, pp. 112-117, 277.

as a major turning point in the use and development of *Schutzhaft* for purposes of mass terror and the social-biological re-ordering of society. But it does qualify it in a limited and regionally-specific sense, not least because it suggests more of an overlap between the periods of »conceptual« and »practical experimentation« than her three-stage chronological model allows for.

Matthew Stibbe, Sheffield

Recommended Citation:

Matthew Stibbe: Review of: Julia Hörath, »Asoziale« und »Berufsverbrecher« in den Konzentrationslagern 1933 bis 1938, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 2017, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81869>> [13.9.2018].

Jan Gerber, Ein Prozess in Prag. Das Volk gegen Rudolf Slánský und Genossen (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, Bd. 26), 2. durchges. Aufl., Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 2017, 296 S., geb., 30,00 €.

Der Titel ist missverständlich gewählt. Und gerade deshalb hält Jan Gerbers beeindruckende Studie mehr, als sie verspricht. Wer eine penible Prozessaktenexegese, von vornherein feststehende Urteile, Direktiven und Denunziationen, das Zusammenwirken tschechoslowakischer Tschekisten und russischer »Berater«, Folter und Verlockung, reumütige Selbstbeichtungen, durch die man die Todesstrafe abwenden und die Loyalität gegenüber der Partei beweisen zu können glaubte, erwartet, kommt nicht auf seine Kosten. Es geht hier nicht um eine Rekonstruktion des Prozessgeschehens. Es geht auch nicht (zumindest nicht in erster Linie) um Rudolf Slánský und seine Mitangeklagten. Sondern im Fokus stehen der Erzähler Franz Carl Weiskopf und der Dichter Louis Fűrnberg, ein Mitbegründer bzw. ein langjähriges Mitglied der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ), sprachgewaltige Repräsentanten der deutschen Literatur in der Tschechoslowakischen Republik (ČSR), »Westemigranten« (unter dem »Westen« ist hier auch Palästina als Fluchtort zu subsumieren). Und deutschsprachige Juden, oder, wie es Weiskopf 1945 in seinem Kafka-Essay formulierte: Angehörige einer »Minderheit innerhalb einer Minderheit« in der ČSR (S. 242). 1948, nach durchgestandenen langen Verfolgungsjahren, waren Weiskopf und Fűrnberg in den diplomatischen Dienst der neuen, nun kommunistisch dominierten Tschechoslowakei berufen worden (Fűrnberg nach Ost-Berlin; Weiskopf zunächst nach Washington, dann nach Stockholm und Peking). Im Kontext des Slánský-Prozesses wurden sie 1952 nach Prag zurückbeordert. Pressemeldungen über ihre Verhaftung erwiesen sich als falsch. Zwei Jahre später siedelten die beiden Schriftsteller in die DDR über, wo sie bis zu ihrem jeweils sehr frühen Tod – Weiskopf wurde 55, Fűrnberg 48 Jahre alt – kulturpolitische Verantwortung übernahmen und öffentlich geehrt wurden. »...hier geht's ums Leben«, hatte Weiskopf im Oktober 1952 an seinen Freund Willi Bredel geschrieben, kurz bevor ihm die ersehnte Übersiedlung durch die DDR-Behörden gestattet wurde (S. 66).

Der Slánský-Prozess – dies ist die zentrale These der von Dan Diner betreuten Habilitationsschrift – ist mehr gewesen als ein Schachzug im Kalten Krieg, wenngleich die »Soviet Connection« fraglos eine große Rolle spielte: Die Bedeutung der Neuorientierung der sowjetischen Politik im Nahen Osten (weg von dem bislang umworbenen jungen israelischen Staat hin zu dessen arabischen Feinden), durch die der »Zionismus« den »Titoismus« an der Spitze der Liste der Hauptstaatsverbrechen ablöste, leugnen zu wollen, wäre fatal. Die Ermahnungen der sowjetischen Staats- und Parteiführung an ihre tschechoslowakischen Genossen, die revolutionäre Wachsamkeit – gerade auch in den eigenen Reihen – zu schärfen und den Schauprozessen in Bulgarien und Ungarn endlich etwas Eigenes hinzuzufügen, folgte sicherlich auch der Logik, die Autorität der »Generallinie«, Disziplin und unbedingte Loyalität herzustellen. Doch der Slánský-Prozess hatte auch eine spezifisch tschechoslowakische (genauer eigentlich: tschechische) Dimension, die bislang weitgehend übersehen oder übergangen worden ist und die Gerber mit großer Überzeugungskraft an Weiskopf und Fűrnberg exemplifiziert. Gerber bettet die Aburteilung des jüdischstämmigen KP-Generalsekretärs und seiner vermeintlichen Komplizen in die Geschichte der Nationalitätenkonflikte Ostmitteleuropas ein und macht so verständlich, wie es in Prag wenige Jahre nach dem Holocaust, dem fast das gesamte tschechoslowakische Judentum, darunter Fűrnbergs Familie, zum Opfer gefallen war, dazu kommen konnte, dass ein nominell antifaschistisches Gericht das Signum »Jude« als Anklagepunkt zulassen und werten konnte.

Der 1900 in Prag geborene Weiskopf gehörte der KPČ seit ihrer Gründung 1921 an. Die Anfangsjahre der Partei waren bereits von starken Konflikten zwischen der tschechischen, der deutschen und der slowakischen Sektion begleitet. Gleichwohl ist sie der einzige übernationale Zusammenhang in der multinationalen ČSR gewesen ist, in den man sich stellen konnte. Sämtliche anderen Parteien waren entweder deutsch, tschechisch oder slowakisch. In die KPČ konnte man eintreten, seine ethnische

Zugehörigkeit hinter sich lassen oder sich unbeschadet zu ihr bekennen; hier war man Genosse, ganz gleich, woher man kam. Wichtig war die Zukunft. Zumindest in der Theorie. Praktisch wirkten auch hier Nationalitätenkonflikte fort, in denen sich Germanophobie häufig mit Antisemitismus verband. Den gemeinsamen Nenner bildete die deutsche Sprache, die verhasste Herrschaftssprache des gestürzten Habsburgerreichs. In seinem Debütroman »Das Slawenlied« erinnerte sich Weiskopf eigener Diskriminierungserfahrungen, die er als deutschsprachiger Jude hatte machen müssen. Auch deshalb war er 1928 nach Berlin gezogen, wo ethnische Fragen belanglos waren und wo er als proletarisch-revolutionärer Schriftsteller leben und arbeiten konnte, bevor ihn der Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 zurück nach Prag führte. 1939 floh er vor den Nazis weiter über Paris nach New York, wo er eine wichtige Stimme im Chor der politisch-literarischen Emigrantenszene wurde.

Dem neun Jahre jüngeren Fűrberg widerfuhr Übleres: Seit 1928 Parteimitglied, wurde er bei dem Versuch, die polnische Grenze zu passieren, verhaftet. Die Gestapo zerschlug ihm das Gehör. Gebrochen verließ er ihre Kerker und floh über Italien und Jugoslawien nach Palästina, wo er den dort tobenden Nationalitätenkonflikten ebenso fassungslos gegenüberstand wie vordem jenen in der ČSR. Was er – in seinem mitunter kitschig anmutenden Pathos – wollte, war nicht weniger als die befreite Menschheit, die, grenzenlos, ihr Reich erschafft. Nationalismen, auch jüdische, waren ihm fremd, und dass die Regierung der ČSR 1947/48 die palästinensischen Juden, dem geopolitischen Kalkül der Sowjetunion folgend, großzügig mit Waffenlieferungen unterstützte, ja sogar die Aufstellung einer tschechoslowakisch-jüdischen Brigade im Unabhängigkeitskrieg plante, mochte ihn, der dem Zionismus nichts abgewinnen konnte, befremdet haben. Für die KPČ war die Unterstützung des entstehenden Staates Israel indes keine Herzensangelegenheit, und auch die rückkehrenden tschechoslowakischen Juden wurden keineswegs mit offenen Armen empfangen. Es ist beschämend zu lesen, wie Lotte Fűrberg, immerhin Ehefrau eines Botschaftsrats, sich jahrelang um die Restitution ihres Prager Mietshauses bemühen musste – nur um schließlich doch enteignet zu werden. Und Fűrberg selbst hatte sein wohl berühmtestes – wohl auch berüchtigtstes – Lied, nämlich jenes von der Partei, 1949 auch in Reaktion darauf geschrieben, dass er zum IX. Parteikongress der KPČ nicht eingeladen worden war. Ob ihn die Demütigung als Juden oder als Deutschen traf, war hierbei nebensächlich.

Die schließlich brachial durchgesetzte ethnische Homogenisierung der neuen tschechoslowakischen Volksdemokratie stand, wie Gerber darlegt, in der Tradition der tschechischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts und konnte daher aus sehr alten Quellen schöpfen. Wer bleiben wollte, tschechisierte seinen Namen; den anderen wurde die Ausreise in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands nahegelegt. Lediglich Personalengpässe in Folge des kommunistischen Putsches von 1948 bewirkten, dass Genossen wie Weiskopf und Fűrberg vorübergehend staatliche Funktionen ausüben durften. Vorübergehend, denn die Kaderausbildung wurde mit Volldampf betrieben, und wenige Jahre später konnte man die deutsch-, häufig auch mehrsprachigen, ergo »kosmopolitischen« (und schon dadurch suspekten) Funktionäre durch jüngere Tschechen ersetzen. Dass die jüdischen Genossen nicht selten bürgerlicher Herkunft waren, erleichterte den Säuberern die Argumentation. Das schlechte Gewissen der Tschechen aufgrund ihrer eigenen Kollaborationsgeschichte hatte bereits den antigermanischen Furor der unmittelbaren Nachkriegsjahre verstärkt. Es verstärkte auch die antisemitische Restriktionswelle der 1950er-Jahre, die aber im Grunde auf dasselbe zielte: die deutsche Geschichte, die deutsche Sprache, die deutsche Kultur zu eliminieren, um einen tschechoslowakischen Sozialismus unter tschechischer Aufsicht etablieren zu können. So kafkaesk es war: Die kommunistischen Parteien Osteuropas, einst geistige Heimstätten der Minderheiten, verwirklichten »die nationalitätenpolitischen Ziele ihrer einst größten Gegner [...]. Kommunismus und Nationalismus [...] fielen in eins.« (S. 256) Die an Slánský und zehn weiteren, meist ebenfalls jüdischstämmigen Genossen vollstreckten Todesurteile besiegelten die neue (slawische) Eintracht.

Gerbers Darstellung endet mit der berühmten Kafka-Konferenz von 1967, die auch auf Vorarbeiten von Weiskopf und Fűrberg aufbauen konnte. Zu den Initiatoren hatten mit Eduard Goldstücker und Paul Reimann zwei prominente Genossen gehört, die 15 Jahre zuvor – auf unterschiedliche Weise – in die Mühlen des Slánský-Prozesses geraten waren. Die Konferenz war auch der Versuch einer Rehabilitation. Einer Rehabilitation nicht nur der eigenen Person, sondern vor allem auch der Tradition der Prager deutschen Literatur und der (nicht immer einfachen) deutsch-tschechisch-jüdischen Geschichte. Ein Jahr später rollten die Panzer des Warschauer Pakts durch Prag und beendeten alle

Experimente. Weiskopf und Fürnberg waren zu diesem Zeitpunkt schon lange tot und, anders als in der DDR, in der ČSSR kein Thema. In den 250 Seiten von Gerbers Buch steckt viel mehr, als in eine Rezension passt. Aber dass er wieder Interesse geweckt hat am Werk dieser beiden ganz unterschiedlichen, auf ihre je eigene Art imponierenden und heute nun doch wieder mit dem Vergessenwerden kämpfenden Autoren – das allein macht die Zweitaufgabe seiner klugen und anregenden Studie zu einem Glücksfall für Leser und Wissenschaft.

Max Bloch, Köln

Zitierempfehlung:

Max Bloch: Rezension von: Jan Gerber, Ein Prozess in Prag. Das Volk gegen Rudolf Slánský und Genossen (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, Bd. 26), 2. durchges. Aufl., Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 2017, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81870>> [13.9.2018].

Anke Jaspers/Claudia Michalski/Morten Paul (Hrsg.), Ein kleines rotes Buch. Die Mao-Bibel und die Bücher-Revolution der Sechzigerjahre, Verlag Matthes & Seitz, Berlin 2018, 232 S., geb., 28,00 €.

Die Geschichte des Maoismus in Westeuropa ist eng mit der Studierendenbewegung der späten 1960er- und 1970er-Jahre verknüpft. Auch wenn man davon ausgehen kann, dass es stets nur kleine Gruppen der politisch Engagierten waren, die sich ernsthaft mit der chinesischen Variante des Kommunismus identifizierten, ist dabei insbesondere die als »Mao-Bibel« bezeichnete Zusammenstellung von Aussagen Mao Zedongs zu einem Objekt mit ikonischer Bedeutung geworden. Nicht zuletzt aufgrund ihrer Verfügbarkeit entwickelte sie sich zu einem der prägenden Symbole der Studierendenrevolte. Diesem Phänomen widmen sich die Autorinnen und Autoren des von Anke Jaspers, Claudia Michalski und Morten Paul herausgegebenen Bandes.

Anders als der Titel vermuten lässt, macht die historische Einordnung und Analyse des Phänomens »Mao-Bibel« jedoch nur einen Teil des Buches aus, insbesondere in den ersten vier Aufsätzen. Daneben stehen im zweiten Teil kulturwissenschaftliche Beiträge, die über das »kleine rote Buch« als Objekt reflektieren, ohne dabei die gesellschaftlich-historische Empirie in den Blick zu nehmen. Für historisch interessierte Leserinnen und Leser bieten diese Texte interessante Anregungen. Sehr viel zum Wissensstand über die deutsche Mao-Rezeption tragen sie jedoch nicht bei. Die Herausgeberinnen und der Herausgeber geben zwar eine kurze Einführung sowohl zum geschichtlichen Kontext des Werkes selbst als auch zur Rezeption der Studierenden und präsentieren somit Elemente einer Einleitung. Zugleich haben sie sich dagegen entschieden, systematisch auf die folgenden Texte einzugehen und so einen Zusammenhang herzustellen. Dies bleibt den Leserinnen und Lesern überlassen. Der Beitrag enthält eine Reihe spannender Gedanken und Anregungen, etwa beim Vergleich der ersten deutschen Übersetzungen, die fast zeitgleich erschienen: Als offizielle Übersetzung des chinesischen Verlags für Fremdsprachen und beinahe zeitgleich auch als Übersetzung aus dem Chinesischen ins Deutsche durch den Sinologen Tilemann Grimm sowie als Zweitübersetzung aus dem Englischen. Die Beschreibung, wie der Text seinen Weg ins Deutsche fand und was der Leserin und dem Leser dabei an unterschiedlichen Rahmeninformationen präsentiert wurden, spiegeln zugleich verschiedene Dimensionen dessen wider, wofür die Chiffre »1968« steht – Politisierung der Studierenden, ein neues Interesse an Internationalismus und Konflikten in den Entwicklungsländern, aber zugleich auch für die kritische Auseinandersetzung mit politischer Theorie. Wo die Autorinnen und Autoren direkt politisch-geschichtliche Themen berühren, die keinen unmittelbaren Bezug zur »Mao-Bibel« haben, unterlaufen ihnen jedoch auch einige problematische Falschaussagen. So muss man kein Experte in der Geschichte des Eurokommunismus sein, um zu wissen, dass die Kommunistische Partei Italiens mit Abstand die größte KP Westeuropas war, und nicht, wie im Text behauptet, ihr französisches Pendant. Auch die Einordnung des 2007 erschienenen Texts »Der Kommende Aufstand« als »kommunistisch« ist problematisch, da der Essay offensichtlich im autonom-anarchistischen Spektrum angesiedelt ist. Hier Parallelen oder Kontinuitäten zur »Mao-Bibel« auszumachen, scheint abwegig. Das zweite Kapitel von Daniel Leese hingegen enthält eine fundierte historische Darstellung von Entstehung und Verbreitung des Buches. Faszinierend ist dabei nicht zuletzt die Einordnung in den Kontext einer konfuzianisch geprägten Tradition von Zitatensammlungen. Gerade weil die Kulturrevolution einen so bewussten Bruch mit aller chinesischen Tradition markierte, ist diese Kontinuität im Umgang mit Texten interessant. Zudem zeigt Leese, wie aus einer Auswahl von Zitaten, die für Propagandazwecke bei der Volksbefreiungsarmee gedacht war, im Zuge von parteiinternen Fraktionskämpfen ein Buch wurde, das hunderte von Millionen Mal gedruckt wurde.

Der Beitrag von Benedikt Sepp widmet sich der Bedeutung der Mao-Zitate für die Protestbewegung in Deutschland. Er zeichnet nach, wie das Buch nicht zuletzt aufgrund der nahezu kostenlosen Bereitstellung durch den chinesischen Staat rasch große Verbreitung fand, ohne dass dies auch einen vergleichbar großen Einfluss seiner Inhalte auf die Bewegung nach sich gezogen hätte. Stattdessen

wurde das Vorzeigen, Schwenken und auch das Zitieren kurzer Sentenzen zu einem symbolischen Ausdruck der vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer Bewegung. Eine Identifizierung mit dem eigentlichen Maoismus setzten diese Verwendungsweisen hingegen nicht voraus. Selbst die ideologisch extrem aufgeladenen Diskurse der K-Gruppen, die ab 1968 entstanden, prägten laut Sepp die »Mao-Bibel« mehr durch ihre Sprache als durch ihre Aussagen. Diese Thesen sind grundsätzlich überzeugend. Allerdings stützt sich der Autor überwiegend auf anekdotische Belege. Daher bleibt offen, ob eine umfangreichere und tiefergehende Studie nicht unter Umständen auch noch andere Sichtweisen auf die Bedeutung des Buches für die politisierten Studierenden nahelegen würde. Etwas anders verhält es sich mit dem Beitrag von Mascha Jacoby, der von Anfang an nur ein begrenztes, klar umrissenes Stück Zeitgeschichte im Blick hat. Die Autorin zeichnet darin nach, wie es gerade der westdeutsche Verfassungsschutz war, der seit Beginn der 1960er-Jahre versuchte, maoistische Tendenzen innerhalb der illegalen KPD zu fördern. Dies geschah nicht zuletzt durch das gezielte Zusenden maoistischer Literatur an westdeutsche Kommunisten. Um dies zu zeigen, stützt sich Jacoby primär auf die Erinnerungen des früheren Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, Günther Nollau. Dabei demonstriert sie, wie es auch mit einer begrenzten Quellenbasis möglich ist, Licht in einen Bereich zu bringen, der noch immer in nur sehr beschränktem Maße für Archivrecherchen offen steht. Tatsächlich ist die Frage, inwieweit ideologische Konflikte innerhalb der westeuropäischen Linken auch gezielt von außen beeinflusst wurden, ein Feld, in dem genaue historische Recherche besonders wichtig ist. Gilt es doch, sowohl Verschwörungstheorien als auch klassische Narrative westlicher Protagonisten des Kalten Kriegs in Frage zu stellen. Hier liefert Jacobys Aufsatz einen wichtigen Beitrag, da sie zeigt, dass es entsprechende Versuche gab, die auch nicht ohne Wirkung blieben. Ihr Einfluss auf die westdeutsche Linke jedoch, auch das macht Jacoby deutlich, blieb zumindest in diesem Fall sehr begrenzt.

Die folgenden fünf Beiträge verlassen den eigentlichen Bereich der Zeitgeschichte und widmen sich dem Gegenstand vor allem als ästhetischem Phänomen. Dies umfasst zwei Interviews: mit dem Buchgestalter Friedrich Forssmann und dem Regisseur Harun Farocki. Während Forssmann auf einige interessante Details der Gestaltung des Buches hinweist – etwa den Widerspruch zwischen dem Anspruch eines Produkts für revolutionäre Massen und dem Einsatz typischer Zierelemente des europäischen Buchdrucks – reflektiert Farocki über die Hintergründe seines Kurzfilms von 1967. Die Diskussion über die Entstehung und Rezeption des Films vermitteln dabei zugleich sehr eindrücklich die Wahrnehmung der »Mao-Bibel« durch einen wichtigen Zeitzeugen. Jan Philipp Klenner betrachtet die persönliche Ausgabe von Reinhart Koselleck und versucht anhand von Notizen und Anstreichungen dessen Leseprozess nachzuvollziehen. Philipp Goll und Rembert Hüser schließlich reflektieren anhand anekdotischer Episoden und Erinnerungen über die Verwendungsweisen des Buches in der Zeit der Revolte. Gemeinsam ist den Beiträgen dabei, dass sie das Buch als Objekt in den Mittelpunkt rücken und sowohl Inhalt als auch Entstehungskontext fast vollständig in den Hintergrund treten. Aufgrund der parolenhaften Verkürzung der Zitate Maos dürfte dessen »Bibel« tatsächlich oftmals mehr als Symbol denn als theoretische Schrift gewirkt haben. Offen bleibt hingegen, ob die vielen überwiegend jüngeren Menschen, die das Buch auch in Deutschland seit 1967 in Händen hielten, tatsächlich nicht mehr darin sahen, als ein Symbol der Abgrenzung gegen Konvention und Elterngeneration mit dem man eine diffuse revolutionäre Identität zum Ausdruck bringen konnte. Um diese durchaus wichtige Frage zu untersuchen, reicht der Verweis auf anekdotische Schlaglichter jedoch nicht aus. Hier wäre weitere kritische zeitgeschichtliche Forschung notwendig. Insgesamt enthält der Band somit eine Reihe von Erkenntnissen und regt dazu an, neu über den Einfluss der »Mao-Bibel« auf die Studierendenbewegung nachzudenken. Dies gilt insbesondere für die geschichtswissenschaftlichen Texte im ersten Teil des Bandes. Die subjektiv-anekdotalen Essays und Interviews im zweiten Teil führen jedoch eher zu neuen Fragen, als dass sie bestehende beantworten.

Martin Albers, Hamburg

Zitierempfehlung:

Martin Albers: Rezension von: Anke Jaspers/Claudia Michalski/Morten Paul (Hrsg.), Eine kleines rotes Buch. Die Mao-Bibel und die Bücher-Revolution der Sechzigerjahre, Verlag Matthes & Seitz, Berlin 2018, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81871>> [13.9.2018].

Bradley Lynn Coleman/Kyle Longley (Hrsg.), Reagan and the World. Leadership and National Security, 1981–1989, University Press of Kentucky, Lexington 2017, XIV + 321 S., geb., 60,00 \$.

Zwei scheinbar unverbundene Nachrichten aus dem Frühjahr 2018 ließen aufhorchen: In Nicaragua konnte sich Präsident Daniel Ortega nur mithilfe von Waffengewalt der Demonstrationen gegen seine als neoliberal kritisierte Sozialpolitik erwehren. In den 1980er-Jahren als linker Hoffnungsträger Lateinamerikas gestartet, entpuppte er sich seit seinem Comeback 2006 als Stütze des ökonomisch-klerikalen Komplexes, die sich weit von ihren Wurzeln entfernt hat. In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde unterdessen Oliver North zum Präsidenten der National Rifle Association gekürt. Der ehemalige Offizier des Marine Corps war einer der Drahtzieher des Iran-Contra-Skandals, der US-Präsident Ronald Reagan beinahe das Amt kostete. Und just an dieser Schnittstelle des Ost-West-Konflikts kreuzten sich die Karrieren Ortegas und Norths: Die verfassungswidrigen Umtriebe Norths sollten Ortegas Gegnern, den rechtsgerichteten Contra-Rebellen, die dringend benötigten Mittel in ihrem Kampf gegen den seinerzeit sozialistischen Präsidenten zuführen. Dass North und Ortega heute quasi im selben ideologischen Feld spielen, ist eine aparte Pointe der jüngeren Geschichte und bekräftigt den Reiz, die Sicherheitspolitik der Reagan-Administration auf »lessons on style and substance« (S. XII) zu befragen. Jack Matlock, der diesen Ertrag im Vorwort zu dem von Bradley Lynn Coleman und Kyle Longley herausgegebenen Sammelband avisiert, verfügt als ehemaliger Karrierediplomat in Diensten der USA über profunde Einblicke in die Sicherheitspolitik der 1980er-Jahre. Und die fast durchweg ebenso prägnanten wie differenzierten Beiträge warten in der Tat mit zahlreichen Wiedergängern von Konflikten der bipolaren Welt auf, die den Akteuren des multipolaren 21. Jahrhunderts unverändert Kopfzerbrechen bereiten.

James Graham Wilson und Beth Fischer thematisieren in ihren Aufsätzen die kognitive Kluft zwischen Reagans Image als antikommunistischer Hardliner und dessen moralischem Impetus zum Widerstand gegen die Logik der Zweitschlagfähigkeit, deren englisches Akronym MAD unfreiwillig ihre ethische Valenz entlarvt. Reagans parsifalesker Auftritt am Brandenburger Tor (»open this gate«) im Juni 1987 muss Wilson zufolge als ernstgemeinter Appell an Michail Gorbatschow verstanden werden, die Spirale des Wettrüstens zu durchbrechen, obwohl Reagan in seiner ersten Amtszeit das größte Aufrüstungsprogramm in Friedenszeiten lanciert hatte. Auch das gerade in Europa heftig verdamnte SDI-Programm, das Reagan gemeinsam mit der Sowjetunion aufbauen wollte, sei als »promise of American technological wizardry and conviction of an eternal optimist« (S. 25) nur auf einen ersten, sehr oberflächlichen Blick das Hirngespinnst eines unverbesserlichen Kalten Kriegers gewesen. Reagan wollte, so Fischer, das Schicksal des Planeten nicht jenen überantworten, die binnen Minutenfrist über einen atomaren Zweitschlag entscheiden mussten. Der Republikaner betrieb demnach eine Strategie der Entsicherheitlichung, welche das »mutually assured survival« (S. 38) an die Stelle einer moralisch fragwürdigen nuklearen Revanche setzen sollte.

Auch Caspar Weinberger, Reagans langjähriger Verteidigungsminister, kann nur bedingt als sicherheitspolitischer Falke kategorisiert werden. Als überzeugter Anhänger der transatlantischen Partnerschaft und der *special relationship* mit Großbritannien beklagte er zwar die seines Erachtens unterdurchschnittlichen Verteidigungsanstrengungen der europäischen NATO-Staaten und das entspannungspolitisch inspirierte Erdgasröhren-Geschäft mit der Sowjetunion. Doch verwahrte sich Weinberger, wie Ronald Granieri überzeugend herausarbeitet, gegen die Machinationen der Iran-Contra-Verschwörer und mahnte zur Zurückhaltung bei der Entsendung amerikanischer Truppen zur Verwirklichung vager sicherheitspolitischer Ziele. Dass die Mitte 1988 in Kraft getretenen INF-Verträge – ein Meilenstein auf dem Weg zum Ende des Systemkonflikts – die Bedenken der Falken und Tauben innerhalb der US-Administration gleichermaßen berücksichtigten, war demnach der Widerschein einer »combination of principles and tactical flexibility« (S. 73).

James Lochers Aufsatz über den »Goldwater-Nichols-Act« von 1986 beschreibt anschaulich einen Gesetzgebungsprozess, der es mit dem gesamten sicherheitspolitischen Establishment aufnahm und zugleich als Paradebeispiel parteiübergreifender Kooperation in die Kongressgeschichte einging. Das Gesetz behob einige der gravierendsten Defizite in der Militärorganisation der USA. Die ihrem *sacro egoismo* huldigenden Teilstreitkräfte, die trotz des Vietnamdebakels in Nostalgie schwelgten und jeglichen Vereinheitlichungsbemühungen die kalte Schulter zeigten, sollten auf der Ebene der politischen Entscheidungen stärker integriert werden. Die Senatoren Barry Goldwater und Sam Nunn packten den Stier bei den Hörnern und bildeten moralisch-intellektuell den »gold standard for bipartisan collaboration« (S. 88), welche dem Gesetz über die Hürden von Repräsentantenhaus und Senat verhalf, obgleich seither nicht alle mit ihm verknüpften Hoffnungen in Erfüllung gingen.

Die Beiträge von James Cooper, William Hitchcock und David Patton befassen sich mit Amerikas wichtigsten Verbündeten in Europa. Cooper fühlt der *special relationship* auf den Zahn und gelangt zu der Diagnose, dass – dem demonstrativen Schulterschluss zwischen Reagan und Margaret Thatcher zum Trotz – nicht nur im Fall der Grenadainvasion »interests, not sentiment« (S. 132) den Ausschlag gaben. Hitchcock führt vor Augen, wie Reagan und François Mitterrand ungeachtet einer politischen Sozialisation, die unterschiedlicher kaum hätte sein können, in ihrem Antikommunismus zueinander fanden und den NATO-Doppelbeschluss forcierten. Nicht zuletzt die Angst vor einem zweiten Rapallo durchpulte Mitterrands leidenschaftlichen Appell im Bundestag Anfang 1983. Nach Reagans Wiederwahl kühlten die Beziehungen jedoch ab, da seine Denuklearisierungsstrategie im Élyséepalast auf wenig Gegenliebe stieß. Patton attestiert Bundeskanzler Helmut Kohl einen eleganten Spagat zwischen den Verpflichtungen eines NATO-Staates und der Fortführung der Ostpolitik. Dass die USA mit dem Plaza-Abkommen 1985 Bonn auf einen Abbau des bundesdeutschen Handelsüberschusses festnageln wollten, bildete die außenwirtschaftliche Dimension einer voraussetzungsreichen Partnerschaft.

Das revisionistische Bild von Reagan als dem Präsidenten, der Gorbatschow beim Wort nahm und die Zweifler in den eigenen Reihen ausbootete, erhält Kratzer, blickt man in andere Weltgegenden. Michael Schaller bescheinigt Reagan ein gerüttelt Maß an »travel-guide naivety« (S. 192) bei der Betrachtung der Volksrepublik China. Hatte Reagan noch Richard Nixons diplomatische Volte zugunsten Pekings ebenso verurteilt wie den Rückzug aus Vietnam, so knüpfte er als Präsident strategische Bande mit China und Hanoi, um der Sowjetunion ein Schnippchen zu schlagen, ohne jedoch über diese realpolitischen Winkelzüge hinaus eine tragfähige Strategie für Ostasien zu formulieren. Kyle Longley streut ebenfalls Salz in die Wunde: Der Kubakomplex der amerikanischen *security community* habe Mittelamerika zu einer regelrechten Obsession Reagans mutieren lassen. Die Unterstützung der Rebellen in Nicaragua war bereits vor der Iran-Contra-Affäre ein verfassungspolitischer Drahtseilakt. Der Demokrat Clarence Long empfahl dem Präsidenten trocken, ein paar Bücher zu lesen, um sich von den Irrtümern der USA in ihrem »Hinterhof« zu befreien. Durch Bauernopfer vermochte Reagan zwar seine Präsidentschaft zu retten, doch dass sich die Kamarilla um North einem »law higher than that of the land« (S. 266) verschreiben konnte, hing auch mit dem zumindest stillen Einverständnis Reagans zusammen. Charles Browsers Analyse der US-Nahostpolitik in den 1980er-Jahren fällt ebenso ernüchternd aus. Der verheerende Anschlag auf die Marines in Beirut im Herbst 1983 durchkreuzte die Pläne Reagans, den Libanon als Hebel zu nutzen, um dem Friedensprozess in Nahost neues Leben einzuhauchen. Brower bemängelt das Unvermögen der Reagan-Administration, sich in einer Art magischen Dreiecks aus Interessen, Zielen und Machtpotenzialen rational zu orientieren.

Dieses Fazit lenkt den Blick zurück auf Matlocks Versprechen, der vorliegende Band könne Lehren für eine Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert bereithalten. Eine Lehre bestünde gewiss darin, dass allein ein erweiterter Sicherheitsbegriff sämtliche sicherheitsrelevanten Faktoren trennscharf erfasst. Die US-Interventionen in Lateinamerika und im Mittleren Osten haben – abgesehen von einer durchwachsenen militärischen Bilanz – die ethnisch-religiösen und sozialen Wurzeln der regionalen Konflikte nicht hinreichend berücksichtigt. Die friedliche Beendigung des Kalten Kriegs ist ferner ein Plädoyer für eine multilaterale Außenpolitik, denn als wohlwollende Sparringspartner haben Amerikas Verbündete in Europa die Strategie des Weißen Hauses mit Rat und Tat flankiert. Und letztlich dürfte

es keinem unvoreingenommenen Beobachter verborgen bleiben, dass in der Vergangenheit die überparteiliche Fähigkeit zu Kompromissen auch in der Außenpolitik Amerikas Stärke unterfütterte.

Gerhard Altmann, Korb

Zitierempfehlung:

Gerhard Altmann: Rezension von: Bradley Lynn Coleman/Kyle Longley (Hrsg.), Reagan and the World. Leadership and National Security, 1981–1989, University Press of Kentucky, Lexington 2017, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81872>> [13.9.2018].